



Bezugspreis bei den Geschäftsstellen und Agenturen in Breslau und in der Provinz
 7200 M. für Monat Mai, 1800 M. für die Woche.
 Zustellung ins Haus kostet 300 M. für Monat Mai, 75 M. für die Woche, bei der Post ausschließlich Beleggebühren 7500 M.

Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Richard Schottl. — Breite 10 bis 12 Uhr (aus. Sonnt.) Manusk. m. nur zurückgel. wenn Rückporto beilieg. Setzungsbestellung und Anzeigenannahme (Schluss 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in den Geschäftsstellen Schweidn. Str. 47 und Kaiserstr. 17. — Durch Fernsprecher übermittelte Aufträge bedürfen außer Rechtsgültigkeit umgebender schriftlicher Bestätigung.

Breslau, Donnerstag, 24. Mai 1923

Einrückungsgebühr für den Spalt, Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile 11 2/3 mm hoch) 250 M. (Abendblatt 300 M.), bei Anzeigen aus Schlessen u. Posen 200 u. 250 M. In der Morgenausgabe Einrückungsgebühr 100 M., Familienanzeigen (nur am 1. u. mehrmalig) die zweifelhafte Millimeterhöhe 155 M., Nachrufe 300 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (4 Spalt.) 1500 M., Schlessen u. Posen 1100 M.

Oberstelegraphische Büro: Rebellon G. G. G. G., Wilhelmstr. 5, Fernspr. 331, Geschäftsstelle Deutsches O.S., Solgerstr. 5, Fernspr. 1925.
 Berliner Büro: Rebellon u. Geschäftsstelle Berlin W. 9, Anst. 16, Fernspr. Berlin Lützow 4900.
 Auslandsvertretungen in London, Paris, Prag, Rom, Wien, Madrid, New York.

Volk in Gefahr.

Es ist ein Verhängnis, daß unsere außenpolitisch so bedrohte Lage auch innenpolitisch aus parteiagitorischen Beweggründen beständig gefährdet wird. Die Grundlage des Volkslebens ist die Volksernährung und zwar in Zeiten, wie wir sie gegenwärtig haben, bei der furchtbaren Marktentwertung möglichst die Volksernährung aus eigenen Mitteln. Den Ankauf ausländischer Nahrungsmittel auf das äußerste zulässige Maß zu beschränken, ist eine so selbstverständliche Forderung des Tages, daß Geseßgebung und Verwaltung alles tun müßten, um ihr gerecht zu werden. Aber tatsächlich geschieht eher das Gegenteil. Wenn jetzt eine Verdreifachung des Brotgetreides angekündigt wird, so sehen wir darin ein Menetekel, das uns zu äußerster Steigerung der eigenen Produktion und zur Vermeidung dessen, was sie hemmen kann, mahnt. Über dieselben Parteien und politischen Richtungen, die sich nicht genau über die angebliche Verteuerung der Nahrungsmittel entrüsten können, tun gerade das, was nicht nur die Verbilligung, sondern überhaupt die Beschaffung der Nahrungsmittel stört, verringert und verhindert. Nachdem der sachlich unsinnige, und nur zur Verheißung urteilsloser Volkstreue brauchbare Antrag Götz auf Vernichtung des Privateigentums an Land ins Wasser gefallen ist, weil infolge rechtzeitiger Aufdeckung des großen Unfugs die Aussichten des gewünschten Volksabgabens und Volkseinkommens gesunken waren, hat jetzt die Sozialdemokratische Partei einen Landaufteilungsplan im Reichstage eingebracht, der, wenn er auch nicht mit der naiven Begehrtheit der Götz und Genossen formuliert ist, im Grunde doch auch auf nichts anderes hinausläuft, als das Gefährden der deutschen Landwirtschaft, die, um gedeihen zu können, aus Groß-, Mittel- und Kleinbesitz gemischt sein muß, nämlich zu zerstückeln. Die Sozialreformsideen der Sozialdemokratie, die auf industriellem Gebiete an der Macht der Tatsachen scheitern, haben es jetzt auf den Bodenbesitz abgesehen. Marxismus auf dem Wege der Agrarbolkschwerfart ist die Lösung. Wehe Deutschland, wenn es sich dieser Gefahr nicht rechtzeitig bewußt wird und sie zu bannen versteht.

Die Gefahr ist um so größer, als auch auf bürgerlicher Seite Bestrebungen vorhanden sind, die den sozialdemokratischen Plänen vorarbeiten. Rührerstandene Bodenreformerei und altes kommunal-demokratisches Ubelwollen gegen die Landwirtschaft, das sich an dem traditionellen Gegensatz zwischen Land und Großstadt immer wieder befruchtet, machen sich auch heute wieder als Hindernis einer vernünftigen Agrarpolitik geltend. Der an sich gesunde und für den Wiederaufbau Deutschlands förderliche ja notwendige Siedlungsgedanke wird der rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise entzogen und zur politischen Streitfrage gemacht. Es ist klar, daß damit die ruhige, sachliche Arbeit nur gestört wird. Im Reichstage ist kurz vor Pfingsten, am 16. Mai, ein Gesetzesantrag angenommen worden, der die Erweiterung der Siedlungsämter auf 40 000 Hektar, also eine weitere Enteignung von 160 000 Morgen Land vorsieht. Als Zweck ist die Fürsorge für die aus den abgetretenen Landesanteilen verdrängten Ansiedler, Pächter und Angestellten angegeben, ein sicherlich edler Zweck, der viele unsachverständige Abneigungen beseitigen mag, dem neuen Siedlungsantragungsgelebe zur Annahme zu verhelfen, ohne daß sie sich über die Tragweite des Gesetzes und die Brauchbarkeit des von ihnen genehmigten Verfahrens klar geworden sind.

Der ausgezeichnete Leiter des Schlesischen Landbundes Freiherr von Nitzschow-Boguslawitz, ein Förderer der deutschen Volksernährung in Wort und Tat, wie wir nur ganz wenige haben, hat, wie in zahlreichen Aufsätzen in der Schlesischen Zeitung auch diese „Siedlungsantrags“ sowie den sozialdemokratischen Landaufteilungsantrag und andere ähnliche Pläne im „Schlesischen Landbund“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ in einem früheren Aufsatz behandelt, der den bezeichnenden Titel „Brennstoff oder Verderben“ führt. In Anknüpfung an früher in der Schlesischen Zeitung Gesagtes soll der Gedankengang dieses Aufsatzes hier wieder gegeben werden.

Der Verfasser zeigt die verheerenden Folgen, die aus solchen Eingriffen in das Eigentum entstehen müssen, wie sie in den erwähnten Anträgen verlangt werden. Bezugnehmend auf die Bestrebungen des früheren Kleinbauernbündlerischen Ministers Lanke in Oldenburg und auf die landwirtschaftsfeindlichen Grundsteuerpläne des sozialdemokratischen Ministers Weis in Anhalt zeigt er die aus Unverständnis und Gaf gemischten Absichten dieser Anträge und zugleich ihren völlig utopischen Charakter. Man lese, was Genosse Weis nach seinen eigenen Erklärungen bezweckt!

Bei Beratung der neuen Anhaltischen Grundwertsteuer erklärte er laut „Reichslandbund“ vom 21. April d. R.): „Es liegt uns nicht nur daran, Steuern herauszuholen, sondern wir wollen durch die Steuererhebung das Bodenrecht ändern. . . . Es kann kein Mensch bestreiten, daß wir schon ein Drittel unseres Bodens sozialisiert haben. Warum wollen wir nicht das ganze Land sozialisieren?“ Das werde in der Weise geschehen, wie es durch das Grundwertsteuergesetz geschieht, daß man einen entsprechend hohen Satz nehme, dann würde auf gelegentlichem Wege das bisherige Eigentum abgeschafft werden. „Wer arbeiten kann, den geschieht kein Unrecht, denn er kann sich durch Arbeit ernähren, wie wir es alle tun.“

Nach der Zeitschrift „Bodenreform“ vom 15. April hat Weis dabei ferner folgendes ausgeführt: „Die Menschen müßten geradezu mit polizeiwürdiger Dummheit ausgerüstet sein, wenn sie bei dem heutigen Wahlrecht es bezüglich des Bodens so liebten, wie es ist. . . . Ich habe neulich festgestellt, daß das Anhaltische Land zu einem knappen Drittel dem Staate und den Gemeinden gehört, daß aber 600 Grundbesitzer das zweite Drittel in Händen haben, und daß mit dem dritten Drittel sich rund

30 000 Familien begnügen müssen. Wir haben in Anhalt 47 000 landlose Familien gegenüber 33 000, die Land unter sich haben. . . . Wenn das dem Volke erst ganz zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher kläglichen Lage es sich erhält, dann muß es eine Geseßgebung treffen, die das ändert. Es liegt uns nicht nur daran, Steuern herauszuholen, sondern wir wollen durch die Steuererhebung das Bodenrecht ändern.“

Diese Pläne sind wie der Antrag Götz nichts anderes als nackter Agrarbolkschwerfart. Aber auch der vom Reichstage angenommene Siedlungsantrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zeigt eine verhängnisvolle Annäherung an die sozialdemokratischen Ideen. Herr von Nitzschow weist nach, daß für eine planmäßige Siedlung genügend Land zur Verfügung gestellt ist, bezw. gestellt wird. Der Vorwand der Antragsteller, daß für die Unterbringung der vertriebenen deutschen Ansiedler aus Polen nicht genügend Land für eine vernünftige Siedlung vorhanden sei, wird zahlenmäßig widerlegt. Dazu kommt, daß in dem Gesetz für die Enteignung und für die Festsetzung einer angemessenen Entschädigung — ein fragwürdiger Begriff! — in einziger und letzter Instanz der „zuständige Ausschuss“ vorgesehen ist. Die allen anderen Ständen und Personen in irgend nennenswerten Streitfällen aufstehende zweite Instanz wird also bei dem Grundeigentümer ausgeschaltet. Dabei handelt es sich um Existenzfragen!

Besonders weist der Verfasser darauf hin, daß es sich bei allen diesen Anträgen nicht nur um die Existenz des sogenannten größeren Besitzers, sondern um das Eigentum überhaupt handelt. Der von der sozialdemokratischen Partei gestellte Antrag, nachdem Privateigentümer von mehr als 750 ha landwirtschaftlich oder 100 ha forstwirtschaftlich genutzter Fläche verpflichtet werden sollen, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten, beweist, worauf die Partei hinaus will.

In Anbetracht der ungeheuren Wichtigkeit, die heute mehr denn je die ländliche Frage und die Aufrechterhaltung der Produktion hat, die nur unter ruhigen und stetigen Verhältnissen gewährleistet wird und die durch derartige, rein parteipolitische Zwecke auf Kosten eines einzelnen Standes verfolgte Propaganda vernichtet wird, kann gar nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß es sich bei dieser Politik tatsächlich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt. Alle weiteren Erwägungen wegen Stärkung der Produktion, alle Hoffnungen auf endliche Ernährung des Volkes aus der eigenen Scholle, sind vergeblich, wenn nicht endlich unserem Landvolk eine sachliche, von politischen Parteieinflüssen freie Arbeit ermöglicht wird. Schon mehrten sich die Abbestellungen auf Maschinen und dergl. mehr. Alle diese Anträge haben mit einer verhängnisvollen die Bevölkerungspolitik fördernden Siedlung nicht das geringste zu tun.

Der Landbund teilt uns mit, daß er zu dem inzwischen Geseß gewordenen Antrag der Arbeitsgemeinschaft und dem vom Arbeitsministerium genannten Daten Stellung nehmen wird, sobald der genaue Wortlaut der Reichstagsverhandlungen vorliegen wird. Besonders verwundern muß es, daß jetzt mit einem Mal soviel Land fehlen soll. Uns ist bekannt, daß bis vor kurzer Zeit bestens zur Siedlung geeignete Güter, in unmittelbarer Nähe der Städte, von den Siedlungsvereinigungen weiter verkauft worden sind. Da diese Fragen nunmehr die breiteste Öffentlichkeit zu beschäftigen berufen sind, wird es von Wichtigkeit sein, genaue Daten hierüber zu erhalten.

Vor allem ist dringend erforderlich, daß über die die Volksernährung gefährdenden Wirkungen und über die drohende Vererrückung unseres Wirtschaftslebens eine Aufklärungsarbeit einsetzt, die dem Volke ermächtigt, sich gegen die lebensgefährliche Operation zu schützen, die mit ihm vorgenommen werden soll.

Vor der Entscheidung.

§§ Berlin, 23. Mai. Über die Stellungnahme des Reichstagsabnetts zu den Antworten der Entente-mächte auf die deutsche Note ist noch keinerlei Beschluß gefaßt; es ist auch für Donnerstag keine Sitzung des Reichstagsabnetts in Aussicht genommen. Auch darüber, welcher Art diese Stellungnahme sein wird, ob sie zu einer neuen Note mit neuem Angebot führen wird, liegt noch nichts vor. Vor Ende dieser Woche wird eine Entscheidung noch nicht zu erwarten sein. Darüber, was Deutschland vom englischen Kabinettswechsel zu erwarten hat, enthält man sich in nüchternen politischen Kreisen einseitigen jeden Urteils.

Die Dortmunder Unruhen.

Dortmund, 23. Mai. Gestern Abend fand eine Demonstration auf dem Sansapark statt, wobei von kommunistischer Seite stark gegen die Regierung gehetzt und der Aufbau von Hundertschaften gefordert wurde. Anschließend an die Demonstration wurde die Polizeistation 5 mit Steinen beworfen und mit Revolverkugeln angegriffen. Auf die Polizeimannschaften wurde scharf geschossen. Vier Polizeibeamte und der Führer eines Polizeiautos erlitten schwere Verletzungen. Weiter wurden von der Polizeimache zwei Beamte verundet. Auf Seiten der Angreifer sind 23 Verwundete zu melden, davon sind einige aus Gefenkirchen und Bergkamen. Abends 11 Uhr war die Polizei wieder Herr der Lage. Heute morgen fanden in Dortmund wieder Ansammlungen statt. Es sind mehrere Versammlungen, darunter allein sechs kommunistische, gemeldet. Gestreift wird auf den Eisenwerken Union und Götz. Auf der Rede Tremontia arbeitet die Hälfte der Belegschaft, auf der Rede Schwanstein streift die ganze Belegschaft, auf der Rede Schwanstein arbeiten von 970 Mann 110, auf den Beiden Gneisenau, Garbenberg, Sansa und Dorstfeld

ist der Streik beendet. Die augenblickliche Bewegung in Dortmund wird durch die Aktivität der Kommunisten charakterisiert. Bei der breiten Masse selbst ist trotz der gegenwärtigen Notlage wenig Neigung zum Streik vorhanden. In der großen Mehrzahl sind die Streiks von den Kommunisten erzwingen. Bisher ist von einem Überspringen der Streibewegung auf andere Bezirke des Industriebezirks nichts zu merken.

Rhein-Ruhr-Chronik.

Paris, 23. Mai. Savas meldet aus Koblenz: Die internationalisierte Rheinlandkommission hat seit dem 18. Januar insgesamt 8 222 Personen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Kommission glaubt, daran erinnern zu müssen, daß auf Grund ihrer Verordnung 144 die ausgewiesenen Beamten gleichzeitig als ihre Amtsenthaben gelten.

* Paris, 23. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Abtransport der Kohle und des Koffes aus dem besetzten Gebiet erleidet wegen des belgischen Eisenbahnstreiks eine Verhinderung. Nach einer Wiesbadener Depesche des „Temps“ werden heute die französischen Truppen in Ludwigshafen die großen Werke in Cppau besetzen. Die französischen Ingenieure werden dann die dort befindlichen chemischen Produkte mit Beschlag belegen.

Essen, 23. Mai. Der 17-jährige Oberprimaner Riedel wurde wegen Verteilung von plattdeutschen Flugblättern durch Faustschläge in das Gesicht und Fußtritte gegen den Leib mißhandelt. Auch wurde er eingesperrt, nach Ausgehogen und ausgereicht. Er wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Referendar Borchmeyer wurde vor dem Theater seines Stodes durch einen französischen Soldaten beraubt. Darauf wurde er durch Schläge ins Gesicht verlegt. Auf seine Beschwerde, der die wahrheitswidrigen Auslagen französischer Reagen entgegengesetzt wurden, erfolgte ein Verfahren wegen Verleumdung der französischen Armee beim Militärgericht.

Köln, 23. Mai. Am 20. Mai stieß eine von Mierberg nach Silar fahrende Lokomotive auf einen vorausfahrenden Militärzug. Es handelt sich um einen Unfall innerhalb der englischen Zone auf einer von den Franzosen betriebenen Strecke. Vier Wagen sind entgleist. Die Lokomotive und die Aerolokomotive sind schwer beschädigt.

* Paris, 23. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Sonnabend Abend oder Sonntag früh reisen die belgischen Minister Dheunis und Caspar nach Paris. Sonntag nachmittag beginnt eine Besprechung mit Poincaré, die sich möglicherweise bis Montag hinziehen wird. Hauptächlich soll die französisch-belgische Ruhrpolitik und die Reparationsfrage erörtert werden. Für das Ruhrgebiet sollen neue strengere Maßnahmen getroffen werden, weil man die produktiven Ergebnisse der Ruhrbesetzung steigern möchte.

Baldwin und Poincaré.

* Paris, 23. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der neue englische Ministerpräsident Stanley Baldwin richtete an Poincaré folgende Depesche: „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich die Einladung S. M. des Königs annehme, Ministerpräsident anstelle Bonar Law zu werden, dessen unvermeidlicher Rücktritt so tief beklagt wird. Ich habe die ernste Hoffnung auf die Fortdauer der herrlichen Beziehungen, die zwischen unseren beiden Ländern so offensichtlich sind, sowie auf die Aufrechterhaltung des guten Einverständnisses und der gemeinsamen Ziele unserer beiderseitigen Regierungen.“

Poincaré erwiderte: „Ich danke Ihnen lebhaft für Ihre liebenswürdige Mitteilung. Ich richte an Sie meine besten Wünsche zu Ihrer Ernennung, deren ich Sie so sehr würdige weis. Ich kann Ihnen die Versicherung erneuern, daß die französische Regierung von annehmlichem Herzen mit Ihrer Regierung an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Freundschaft und Bündnisbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern mitarbeiten wird.“

Lord Curzon bleibt.

London, 23. Mai. Reuter bestätigt, daß Lord Curzon auch im Kabinet Baldwin Minister des Äußeren bleibt.

Lloyd George in der Opposition.

* Paris, 23. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Lloyd George hielt gestern in Lansfaizehan in der Grafschaft Carnarvon eine Rede, die man als Kriegserklärung an das neue Kabinet ansehen kann. Lloyd George erklärte gestern, daß man Bonar Law alle Sympathien entgegenbringen konnte. Gegenüber seinem Nachfolger müsse man aber die schwersten Beschlüsse fassen. Er besitze nicht die große Erfahrung Bonar Law und auch nicht dessen zurückhaltende Klugheit. Solange Bonar Law am Ruder war, konnte man überzeugt sein, daß keine Torheit begangen werden würde. Man möchte wünschen, daß man dieselbe Sicherheit auch von seinem Nachfolger bekäme. Aber unter seiner Führung würden die englischen Minister wenig Vertrauen genießen. Die Lage habe sich außerordentlich verschlimmert. Da sei zunächst Frankreich mächtiger als jemals, seitdem es seine Gegner besiegt hat. Deutschland sei verwirrt und wisse nicht, was es tun solle. Rußland weise noch alle Symptome der Revolution auf. Italien sei von den Resultaten des Krieges schwer enttäuscht. Eine Reihe kleiner Staaten sei in Europa geschaffen worden, welche von ihrer neuen Geburt berauscht seien. Die Türken seien phantastischer und bornierter als je. Nur England schwinde rubia im Salzwasser umher und konnte infolgedessen seine fähige Vernunft behalten. Alles hänge von der Festigkeit, Weisheit und Geschicklichkeit Enlands ab. Die englische Regierung könne von dem Vortritt nicht freigesprochen werden, daß sie für diese unaltdiesläie Wendung der Dinge mit verantwortlich sei. Sie müsse wegen ihrer schwächlichen Haltung in der Ruhrfrage angeklagt werden. Diese Ruhrfrage habe Europa in einen Zustand der Verwirrung, der Krisis und des Konfliktes versetzt. Niemand könne voraussehen, was

nach selbsten Wanne. Die Allianz mit Frankreich sei eine Einmischung in den griechischen Streit, aber gegenwärtig habe sie keinen Zweck mehr. Nicht einmal Freundschaft sei mehr zurückgeblieben. Es sei eine reine Passivität, die für beide Staaten unehrenhaft sei und zerstörerisch wirke. Lord George beantragte das Ultimatum an Rußland, das abgelehnt sei, ohne daß vorher Verhandlungen geführt worden wären. Er verlangte die Lösung des englisch-amerikanischen Schuldenproblems, ohne daß man sich darum kümmerte, was mit den anderen internationalen Schulden gemacht würde. Er verlangte die Lage in Europa und schloß, daß alle die Gründe der persönlichen Rücksicht, die die Opposition auf Bonar Law nehmen konnte, nicht mehr bestehen könnten. Eine schwere Gefahr sei hereinabgebrochen, weil man die Situation, die größer und gefährlicher sei, nicht richtig behandelt. Es sei die patriotische Aufgabe der Opposition, all ihre Macht anzuwenden, um die Regierung zu stützen und die Verantwortung selbst zu übernehmen. Die Schuld der Opposition habe ihr Ende erreicht.

Die amerikanischen Schadenersatzforderungen.

New-York, 22. Mai. „Journal of Commerce“ meldet aus Washington: In hohen amtlichen Kreisen werde erklärt, die Gesamtsumme der bei der Kommission für Schadenersatz angemeldeten amerikanischen Forderungen an Deutschland in Höhe von 1479 Millionen Dollars gebe kein zuverlässiges Bild der Endsumme. Deutschland werde erst auf Grund der endgültigen Entscheidung zum Zahlen aufgefordert werden. Es verlautete, das Staatsdepartement habe noch in keiner Weise über die Verrechnung und die Höhe der Forderungen entschieden. Angenommen, daß die Vereinigten Staaten zur Begleichung der Kosten für die Besatzungsarmee am Rhein 25 544 000 Dollar ansetzen, glaube man, daß die herabgesetzten Ansprüche mit weniger als 200 Millionen befriedigt werden können. Der Verwalter fremden Eigentums glaubt, daß nicht mehr als 150 Millionen zur Befriedigung dieser Forderungen erforderlich sein würden. Die amtlichen Kreise sind der Meinung, daß die Ernennung Parkers, der Deutschland zugestimmt hat, eine große persönliche Achtungsbezeugung und ein Beweis für die faire Haltung der amerikanischen Regierung sei.

Ein englisches Urteil über die deutsche Bevölkerung.

Der englische General Sir Robert Hutchison, der eine Zeitlang in Köln kommandierte, erklärte, er sei „profranzösisch und antideutsch“ nach Köln gegangen und sei anders zurückgekehrt. Im täglichen Verkehr mit der deutschen Bevölkerung habe er Verständnis für die deutschen Schwierigkeiten gewonnen und habe erkannt, daß es unwahr sei, daß die Deutschen keine wirkliche Anstrengung zu zahlen gemacht hätten. Friede sei unmöglich, so lange man den deutschen Schwierigkeiten nicht ehrlich Rechnung trage. Nichts sei unwahrer als die Behauptung, der Widerstand der Ruhrbevölkerung sei von Berlin angefaßt; er komme aus dem Herzen des Volkes.

Rundgebung des Deutschen Beamtenbundes.

Die Zeitung des Deutschen Beamtenbundes hat folgende Entschlüsse angenommen:

Der Deutsche Beamtenbund begrüßt den Schritt der Reichsregierung, durch ein weitgehendes Angebot an die Entente Verhandlungen einzuleiten und im Wege der Verständigung unserm Vaterlande, Europa und der Welt den Frieden zurückzugeben. Er stellt mit Genugtuung fest, daß in dem deutschen Vorschlag verlangt wird, die Befreiung der deutschen Beamten und die Wiederbelebung in ihre Wohnstätten und Dienststellen mit zum Ausgangspunkt der Verhandlungen zu nehmen, eine Forderung, hinter der die gesamte deutsche Beamtenschaft steht und an der sie unbedingt festhalten wird. Der Deutsche Beamtenbund gibt seiner Entzückung Ausdruck über Inhalt und Form der verbindlichen Antwort der französischen Regierung und wird im Hinblick darauf sein Bestes tun, um die Beamtenschaft in ihrem Widerstande gegen die Anwendung der französischen Macht und Gewalt auch fernerhin zu stärken und zu stützen. Nach dem Angebot der Reichsregierung und dem hasserfüllten Antwortschreiben der Franzosen, nach den unerhörten Demagogikern, Verfolgungen und Verurteilungen pflichttreuer deutscher Beamten müssen die schmachvollen Urteile im Krupp-Verfahren sowie neuerdings gegen deutsche Gewerkschaftsführer um so aufreizender wirken. Der Deutsche Beamtenbund spricht seinen tiefsten Abscheu aus gegen diese französische Justiz die wie ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit und wie ein Peitschenschlag ins Gesicht der deutschen Nation empfunden wird. Die Gewalttate der Franzosen sind nur geeignet, uns in unserem Widerstande zu bestärken, für dessen weitere Durchführungen wir mit allen Mitteln wirken und auf dem wir beharren werden, bis anstelle von Gewalt, Willkür und Unbestand wieder Recht, Gerechtigkeit und Vernunft einkehrt sein werden.

Die Betriebsratwahlen bei der Reichsbahn.

§§ Berlin, 23. Mai. Die Betriebsratwahlen für die Reichsbahn sind jetzt beendet. Nach den eingelaufenen Ergebnissen hat der freigewerkschaftlich orientierte Deutsche Eisenbahnerverband seinen bisherigen Besitzstand wahren können. Er unterlag gegen die kommunistische Opposition in Oberschlesien und in Berlin. Dagegen sind die Kommunisten gegen den Deutschen Eisenbahnerverband in Sachsen bemerkenswerter Weise in der Minderheit geblieben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren Besitzstand gewahrt und darüber hinaus an einigen Stellen Erfolge erzielt. Dagegen hat der auf demokratischem Boden stehende Allgemeine Eisenbahnerverband Verluste erlitten, die den beiden anderen Richtungen zugute gekommen sind.

Vom Sozialistenkongress in Hamburg.

Hamburg, 23. Mai. In der Vormittagsitzung des internationalen Sozialistenkongresses wies der Vorsitzende Wallhead (England) zunächst nochmals auf den Ernst der durch das englische Ultimatum an Rußland geschaffenen Lage hin. Abramowitz (Rußland) behandelte eingehend die heutigen russischen Verhältnisse und polemisierte gegen das Wirtschaftskriegsregime und gegen die politische Despotie der Bolschewisten. Modigliani (Italien) erklärte, das italienische Vorkriegsregime werde versuchen, dem Faschismus in eigenen Lande den Prozeß zu machen. Dann wurde in die Beratung über den Aktionsdementag und die Sozialreform eingetreten. Nach einem Referat von Thomas (England) wurde ohne weitere Aussprache eine Entschliessung angenommen, in der die vollständige Übereinstimmung mit der Tätigkeit des internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiet der Sozialpolitik erklärt wird. Alle auf dem Kongress vertretenen Parteien werden aufgefordert werden, allen Druck gegenüber ihren Regierungen anzuwenden, um sie zur Ratifikation aller Konventionen der internationalen Arbeiterkongresse, besonders über den Aktionsdementag zu zwingen. Schließlich forderte der Kongress die Arbeiterklasse auf, den gegen die Tätigkeit des internationalen Arbeitsamtes unternommenen Anschlägen Widerstand zu leisten.

Den kommunistischen Vertretern Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens wurde die Beteiligung am Sozialistenkongress verweigert. Sie beabsichtigen gemeinsam mit der kommunistischen Partei Hamburgs eine Kundgebung auf dem Seilhausentfeld.

Das griechisch-türkische Reparationsproblem.

* Paris, 23. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die heutige Sitzung des Wirtschaftsausschusses in Lausanne ist abgelehnt worden. Das griechisch-türkische Reparationsproblem hat auch heute noch keinen Fortschritt gemacht. Die Alliierten wissen nicht, wie sie aus dieser schwierigen Lage herauskommen sollen. Dem Konstantinopeler Korrespondenten des „Daily Express“ zufolge soll

New-York, 23. Mai. (Funkdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusskurs: 100 Mark = 0,0019 (0,0017 1/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 52 631,058 (57 142,857) Mt.

Kursbewegung von Mark und Franc.

Sichtwechsel auf Berlin und Paris wurden notiert in	Landeswährung = 100 Mark				Landeswährung = 100 Franc			
	23. 5.	22. 5.	21. 5.	19. 5.	23. 5.	22. 5.	21. 5.	19. 5.
Amsterdam	11.82 1/2	0.0046	—	0.0052 1/2	17.02 1/2	16.95	—	17.02 1/2
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—
Bombay	—	0.0135	0.0135	0.0130	—	61.00	41.10	40.85
Brüssel	0.0120	0.0120	0.0125	0.0130	41.25	36.00	36.00	36.00
Frankfurt	0.0019	0.0017 1/2	0.0019 1/2	0.0020 1/2	—	—	—	—
Hamburg	0.630	0.655	—	0.740	2.23	2.23	—	2.21 1/2
Köln	0.0070	0.0075	0.0085	0.0090	25.05	25.05	25.05	25.05
London	0.0100	0.0104	0.0085	0.0120	36.90	36.80	35.95	37.02
Paris	—	0.03	—	0.03 1/2	—	—	—	—

Markt = 1 Pfd. Sterling | Franc = 1 Pfd. Sterling
London ... 1253,000 260,500 | 1212,500 69,50 69,73

Griechenland der Türkei erklärt haben, daß es nicht das notwendige Geld finden könne, um eine Freieisenbahnbahn zu zahlen. Dafür biete aber Griechenland eine Grenzberichtigung an, wodurch die Städte Saragatsch und Demotika zurückbekäme.

w. Lausanne, 23. Mai. Benise Los erklärte Pressevertretern, daß die Reparationsberatungen des Finanzausschusses am Freitag die Entscheidung bringen müssen, da die Lage keine längere Verschiebung mehr zulasse. Benise Los soll außerdem versucht haben, einen Druck auf die Konferenz auszuüben, indem er ankündigte, daß die griechische Delegation im Falle des Scheiterns der Verhandlungen am Sonnabend Lausanne verlassen werde.

Die Schweiz gegen bolschewistische Annäherung.

* Nach der Tötung des bolschewistischen „Delegierten“ Worowski in Lausanne hatte dessen „Presschef“ Ahrens in einer allen diplomatischen Gepflogenheiten widersprechenden Art so schwere Anschuldigungen gegen den schweizerischen Bundesrat erhoben, daß dieser sich zur Ausweisung des Ahrens gezwungen sah. Darauf hat Tschischerin, der bolschewistische „Volkskommissar für Äußeres“ in Moskau, in einer in maßloser Sprache gehaltenen Note ganz unbegründete Zumutungen an die Schweiz gestellt. Der schweizerische Bundesrat hat, wie telegraphisch gemeldet, diese Zumutungen unter dem 19. Mai abgelehnt. In dieser Antwortnote heißt es:

Der schweizerische Bundesrat hat sich nichts vorzumerken. Sobald er von dem Verbrechen Kenntnis erhielt, beurteilte er es öffentlich als eine Handlung, die der Moral und den Gesetzen und Grundlagen der demokratischen Republik zuwiderläuft. Als Zeichen seiner menschlichen Teilnahme ließ er der Witwe Worowski durch einen Beamten des Politischen Departements sein Beileid aussprechen. Er hatte die Absicht, Demitkowski gegenüber ein Gleiches zu tun, wurde aber gegen seinen Willen daran gehindert. Er nahm keine Notiz von Herrn Ahrens, dessen Haltung unabhängig unbestimmt gewesen war.

Die Mächte, welche die Lausanner Konferenz einberufen haben, gaben dem Bundesrat am 4. Mai durch ein Schreiben des Generalsekretariats bekannt, daß Worowski nicht als Konferenzteilnehmer zu betrachten sei. Die Frage der Einladung war somit von der einzig zuständigen Instanz entschieden. Anlässlich der ersten Vereinarung der Konferenz hatte Worowski den waadtländischen Polizeibehörden erklärt, er verlange für seine Person keine besondere Behandlung. Als er zu der zweiten Vereinarung der Konferenz zurückkam, traf er nicht einmal die Vorkehrungen, sich bei der genannten Behörde anmelden zu lassen. Diese unangenehm gleichwohl so wie die russischen Delegierten mit einem unauffälligen Sicherheitsdienst erhielt jedoch nicht die mindeste Kunde von irgend einem gegen sie gerichteten Komplott. Als die schweizerischen Behörden erfuhr, daß Angehörige einer waadtländischen Vereinarung Schritte unternommen hatten, um die russischen Delegierten zum Verlassen des schweizerischen Bodens zu veranlassen, traten die Behörden unverzüglich dagegen auf, um diesen Vorhaben ein Ende zu machen. Die in Frage stehenden Angehörigen der waadtländischen Vereinarung wurden aufgefordert, sich ruhig zu verhalten. Auch nicht der geringste Anhaltspunkt erlaubte die Annahme, daß jene zu den Mordern Beziehungen unterhalten haben.

Conrabi gibt an, er habe sich für die entsetzlichen Leiden rächen wollen, die seine Familie in Rußland habe erdulden müssen. Die Justiz wird ihre Aufgabe in voller Unabhängigkeit durchführen. Wohl hat der schweizer Bundesrat ein Anrecht, von der Sowjetregierung Wiedergutmachung der unerhörten Mordtate der Gewalt und der Verabredung zu verlangen, wie sie an Hunderten von schweizerischen Bürgern beantragt worden sind. Der Bundesrat aber schuldete niemand andere Genugtuung, als die sie ihm von der Pflicht vorgebildet wird, über die unparteiische Anwendung der im Lande geltenden Gesetze zu wachen.

Die Aufnahme dieser Antwortnote in der schweizerischen Öffentlichkeit zeigt, daß der Bundesrat, wie immer sich die Angelegenheit weiter entwickeln mag, bei seiner entschlossenen Haltung gegenüber der räuberischen Annäherung die überwältigende Mehrheit der Eidgenossen hinter sich hat. Der schweizerische Vaterländische Verband protestiert in einer Rundgebung, daß die geistige Urheberchaft am Morde schweizerischen „Faschisten“ in die Schuhe zu schieben versucht werde, und daß Verschuldigungen gegenüber den schweizerischen Behörden erhoben worden seien. Der „Vaterländische Verband“ sei eine reine Abwehrorganisation mit dem ausschließlichen Zweck der Verwirklichung der demokratischen Einrichtungen der Schweiz gegen geles- und verächtliche Anschläge.

Verchiedene Mitteilungen.

§§ Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg ist in Ludwigslust gestorben. Er war ein Sohn des Großherzogs Friedrich Franz II.

— Der päpstliche Delegat für das Ruhrgebiet, Tetta, der vor einigen Tagen in Berlin gewesen ist und hier auf Anregung des Reichsarbeitsministers u. a. das städtische Aul für Ludwigslust besucht hatte, hat im Auftrag des Papstes dem Reichsarbeitsminister für dieses Aul 20 000 Lire überwiesen.

§§ Verfallungsverbote. Das württembergische Staatsministerium hat dem bayerischen Rechtsblockführer Oberst von Ehlender aus München das Halten eines Vortrages in Stuttgart über das Thema „Freiheit oder Sklaverei“ verboten. Auch dem deutschvölkischen Abgeordneten Hennig ist das Reden in Versammlungen verboten worden.

th. Die neuen 500-Mark-Stücke werden demnächst ausgegeben werden. Sie sind aus Aluminium und haben die Größe der Verfassungstaler.

— Berliner Jugend von heute. Am Pfingstmontag früh hatte sich ein Trupp von etwa 100 Berliner Knaben und Mädchen im Schlosspark Rheinsberg niedergelassen und tagsüber nach allen Richtungen Fahndungspatrouillen entsandt, die alle Passanten anfielen und Legitimationspapiere verlangten und im Weitergehen, falls auf sie mit Knüppeln losgeschlagen. Sie gaben an, nach polizeilich verdächtigen Personen suchen zu müssen, die sich anständig im Schlosspark verhielten. Als der Trupp auch gestern noch die liberalen und Schlägerien fortsetzte, wurde er durch Landgendarmarie verjagt. Wegen der Anführer ist eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden, da zahlreiche Überfallene anzeigten, daß ihnen Wertgegenstände abhanden gekommen seien.

§§ Bei der Pfingsttagung, die die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) alljährlich am Pfingstmontag in dem romantisch über der Wörnitz gelegenen schwäbischen Städtchen

Garburg veranstaltet, hielt vor Tausenden von Besuchern aus Bayern und Württemberg Piarrer Traub eine Rede, die vor allem die Aufforderung zur Eingung aller vaterländischen Kräfte und eine Mahnung an sie enthielt, sich vor und nicht gegen die bayerische Regierung zu stellen. In der Reichspolitik verlangte er, daß sich die bürgerlichen Parteien der Einheitsfront endlich auf einer festen nationalen Linie zusammenfinden möchten. Stresemanns Wendung nach links taue dazu nicht. Mit dem Verhandeln müsse Schluss gemacht werden.

§§ Vom Deutschen Beamtenbund. Wie der Deutsche Beamtenbund mitteilt, ist jetzt der offizielle Anschlag des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten an den Deutschen Beamtenbund erfolgt. Damit hat die durch den Deutschen Beamtenbund vertretene parteipolitisch neutrale Organisation innerhalb der deutschen Beamtenschaft eine erhebliche Stärkung erfahren.

* Aus Anlaß der Tagung des Deutschen Schutzbundes vom 17. bis 23. Mai in Hensburg und Hamburg bringen die „Deutschen Akademischen Stimmen“, das Organ der großdeutschen akademischen Bewegung, eine der deutschen Nordmark gewidmete Sondernummer mit dem Titel „Schleswig-Holstein in meerschwüngen“ heraus. — Zum 1. Juni wird die Zeitschrift auch eine „Südtiroler Nummer“ veröffentlicht. Zu beziehen durch den Verlag der „Deutschen Akademischen Stimmen“, München, Kaulbachstraße 60 a.

— 1. Bayerischer Unteroffizierstag. Die seit zwei Jahren bestehende Bayerische Unteroffiziervereinigung, in der die national-germanischen ehemaligen Unteroffiziere aller Waffengattungen und Dienstadre zusammengefaßt sind, hielt am Pfingsttag in München den ersten bayerischen Unteroffizierstag ab, der mit einem Festakt vor dem Armeemuseum und Vortragsreihe einen würdigen Verlauf nahm. Kronprinz Rupprecht als Protektor hatte ein herzliches Begrüßungsschreiben geschickt. U. a. nahmen als Ehrenäste teil die Prinzen Alfons und Ludwig Ferdinand von Bayern, Generaloberst Graf Bothmer (Ehrenvorsitzender), General Ludendorff, der frühere Münchener Oberbürgermeister Dr. von Vorckh sowie Polizeipräsident Manteuffel.

— Der Verein für kommunalwirtschaftliche und kommunalpolitische Arbeit im Dresdener neuen Rathaus seine acht Mitgliederversammlung ab. Oberbürgermeister Dr. Lucken aus Kiel leitete die Versammlung und beehrte die Mitglieder, die Vertreter der Behörden, der Spitzenverbände, besonders die ausländischen Vertretungen aus Holland, Norwegen, Finnland, Estland, aus Wien und Budapest sowie die Vertreter der deutschen Gemeinden in der Tschechoslowakei. Oberbürgermeister Lüher hieß die Erschienenen namens der Stadt Dresden willkommen. Nach dem vom Generalsekretär Stein erhalteten Geschäftsbericht hielt der Stadtkämmerer Karding (Berlin) einen Vortrag über Währungsentwicklung und Gemeindefinanzen. Über dasselbe Thema sprach noch Dr. Seiffert aus Leipzig als Vertreter der deutschen Selbstverwaltungsförderung in der Tschechoslowakei und Stadtrat Kreitzer aus Wien vom deutsch-österreichischen Städtebund. An die Vorträge schloß sich eine äußerst lebhafteste Aussprache.

§§ Zu dem Internationalen Buchdruckerkongress, der in den Tagen vom 4. bis 7. Juni in Göteborg stattfand, werden als Vertreter Deutschlands Stadtrat Seemann, der zweite Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins, und Rudolf Illstein, der zweite Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdruckermeister, entsandt werden.

— Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Böllner, der, wie gemeldet, im Gefängnis Santé seit zehn Tagen einen Hungerstreik durchführt, wurde Dienstag in die Krankenabteilung des Gefängnisses übergeführt.

— Die Vorarbeiten zur Schaffung des tschechoslowakischen Nationalverteidigungsrates sind abgeschlossen. Die Aufgabe des Rates besteht in der Durchführung aller zu einer raschen Mobilisierung erforderlichen Arbeiten. Der Rat wird sich aus sieben Ministern, darunter dem Minister für Landesverteidigung und dem Minister des Äußeren, zusammensetzen.

§§ Infolge jüdenfeindlicher Ausschreitungen sind die Universitäten Czernowitz, Klausenburg und Jassy, im Einvernehmen mit dem rumänischen Unterrichtsminister, bis zum 1. September geschlossen worden.

§§ Der allrussische Kirchenkongress ist in Moskau mit einem Gottesdienst in der Erlöserkirche geschlossen worden. Zum ersten Male wurde ein Gebet verrichtet, das nachstehende Fassung erhalten hat: „Amnes Leben für das russische Land und dessen Regierung, die das Schicksal des Volkes nach den Grundsätzen der Arbeit und der allgemeinen Wohlfahrt leitet.“

Henpeck, 23. Mai. Der Papst hat dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen das Großkreuz des Bismarckordens verliehen. In dem Verleihungsdekret betont der Papst, daß er durch die Verleihung der Auszeichnung seine Wertschätzung für die Person des Grafen Bethlen und seine große Liebe für Ungarn ausdrücken wolle. Graf Bethlen ist am Pfingstmontag von Rom abgereist. Finanzminister von Kallay hat sich bereits am Sonntag nach Paris zurückbegeben. (Graf Bethlen ist reformierter Bekenntnisses. — Red.)

* Paris, 23. Mai. (Ein Drahtmeldung.) Wie die „Bohemia“ erfährt, hat die tschechoslowakische Regierung, da sie sich von der Haltlosigkeit der von tschechischer Seite ausgehenden Verhandlungen überzeugt hat, auf Drängen des Zentralausschusses für die deutsche Kinderhilfe in der Tschechoslowakei die Bewilligung für die Einreise weiterer 4500 erholungsbedürftiger Kinder aus Deutschland zu sechsmonatigem Aufenthalt in der Tschechoslowakei erteilt.

Paris, 22. Mai. Nach einer Sabasmeldung aus San Remo ist der ehemalige Sultan zu längerem Aufenthalt dort eingetroffen.

Teuerungsunruhen in Gelsenkirchen.

(Letzte Meldung.)

Gelsenkirchen, 23. Mai. Im Laufe des heutigen Tages kam es hier zu schweren Ausschreitungen, die zu blutigen Kämpfen ausarteten. Auf dem Fleischmarkt und in der inneren Stadt wurde von den Demonstranten eine gewalttätige Herabsetzung der Preise für Fleisch, Fett und Fische vorgenommen. Der inzwischen alarmierte Feuerwehr der Stadt und der Industrie sowie dem Selbstschutz gelang es, die dem Polizeipräsidium anliegenden Straßenzüge von Demonstranten zu säubern. Im Laufe des Nachmittags sammelten sich gewaltige Menschenmassen, zu denen sich mehrere mit Säcken und anderen Waffen versehenen kommunistischen Hundertschaften gesellten, vor dem Bahnhof an. Ein Wagen der Feuerwehr und der Straßenbahn wurden beschlagnahmt. Darauf entwickelte sich eine große Schießeret, die mehrere Stunden dauerte und um 9 Uhr abends noch andauerte. Bisher sind zwei Tote und über zwanzig Verwundete in den Krankenhäusern untergebracht worden.

Monarchenbegegnung.

Geht jetzt der englische König auf Reisen, geschieht es nicht mehr, um uns einzufreien. Jetzt will er nur noch ins Ausland fliehen, um dort die neueste Mode zu zeigen. So trug er in Rom statt der Krone ein In Grau eine hochgewölbte Melone. Trotz des Geräusches der Widerhaken, die Wölbung der Stirne darunter sei flacher. Schon sieht man die Römer in hellen Häufen mit hohen grauen Melonen laufen, Mit gleichem Gute auch, meiner Seele, Schmückt sich Vittorio Emanuele, Um seiner Gebirge kurze Grenzen Würdig nach oben zu ergänzen. — In dem Gewinne von Proselyten für neue Nöden in Herrenhüten zeigt sich die unverlernbare Segnung Einer solchen Monarchenbegegnung.

Handelsteil.

Die Breslauer Börsentage der nächsten Woche.

M. Der Breslauer Börsenverband hat beschlossen, die Fondsbörsensammlungen in der nächsten Woche am Montag, den 28. Mai, Mittwoch, den 30. Mai und Freitag, den 1. Juni 1923 stattfinden zu lassen.

Erhebliche Zunahme des Notenumlaufs.

Der Ausweis vom 15. d. M. zeigt eine neue außerordentlich starke Steigerung der Forderungnahme der Bank, die diesmal um größeren Teil auf Ansprüche der privaten Wirtschaft zurückzuführen ist. Die gesamte Kapitalanlage nahm um 730,1 Milliarden Mark zu, und zwar wurden das Schabhanweisungsfonds in Folge Einlieferungen seitens des Reichs wie durch Rückgang des Abfahrs von Schabhanweisungen am offenen Markt um 58,5 Milliarden Mark, die Wechselbestände der Bank stiegen um 185,7 Milliarden Mark und die Lombardforderungen um 20,4 Milliarden Mark. Auf der anderen Seite vermehrten sich die fremden Gelder der Bank um 474,2 Milliarden Mark. Erhöhter Bedarf an Zahlungsmitteln führte zu einer Zunahme des Banknoten- und Umlaufes um 889,7 Milliarden, während der Umlauf an Darlehenklassen sich durch Rückflüsse aus dem Verkehr in Höhe von 0,1 Milliarden Mark auf 12,4 Milliarden Mark ermäßigte. Der im Ausland ruhende Teil des Goldbestandes wurde mit einem Darlehen in Höhe von 12 Millionen Goldmark neu belastet; damit ging das unbelastete Golddepot auf 212 Millionen zurück. Gleichzeitig wurden zwecks Bedienung der am 15. d. M. fälligen, seinerzeit an Belgien gegebenen Schabwechsel des Reichs, für deren Einlösung die Reichsbank durch ihre Unterschrift Garantie geleistet hat, 60 Millionen Goldmark dem Goldfassenbestand der Bank entnommen. Der gesamte im Metallvorrat der Bank ausgewiesene Goldbestand verminderte sich somit um 72 Millionen Mark. Die Kassenbestände an Münzen aus unedlem Metall erhöhten sich um 0,3 Milliarden Mark auf 13,8 Milliarden Mark. Die Darlehensbestände der Reichsbankdarlehenklassen stiegen in der zweiten Maiwoche um 86 Milliarden Mark auf 173,7 Milliarden Mark. Die Darlehensklassen führten einen ihren Voraussetzungen entsprechenden Betrag an Darlehensstücken an die Reichsbank ab, so daß sich deren Bestände an solchen Scheinen um 86,1 Milliarden Mark auf 172,5 Milliarden Mark gehoben haben.

w. Berlin, 23. Mai. Wochenübersicht der Deutschen Reichsbank. Ausweis vom 15. Mai 1923.

gegen die Vorwoche		gegen die Vorwoche	
1921	1922	1921	1922
1.001.012	1.021.245	1.001.012	1.021.245
1.091.578	952.338	1.091.578	952.338
	50.032		50.032
20.525.076	3.530.513	20.525.076	3.530.513
1.824	6.523	1.824	6.523
2.103.881	2.614.563	2.103.881	2.614.563
56.649.448	164.204.708	56.649.448	164.204.708
10.399	36.662	10.399	36.662
228.758	237.082	228.758	237.082
6.482.003	11.675.485	6.482.003	11.675.485
180.000	180.000	180.000	180.000
121.413	121.413	121.413	121.413
70.834.170	142.903.593	70.834.170	142.903.593
5.626.409	13.026.474	5.626.409	13.026.474
9.442.241	24.517.537	9.442.241	24.517.537
877.179	2.577.764	877.179	2.577.764

Ostoberbörsliche Rohle und Holzmarkt.

Die Störungen im Absatz der ostoberbörslichen Rohle haben sich im Mai weiter bemerkbar gemacht, obwohl in diesem Monat die Förderung durch die vielen Feiertage sehr eingeschränkt wurde. In die ersten beiden Maiwochen fielen zwei ganze Feiertage, der Nationalfeiertag am 8. Mai und der Sammelabfertigung am 10. Mai, und ein halber, der 1. Mai, an welchem infolge der sozialistischen Meisterei nicht voll gearbeitet wurde, aus. Trotzdem sind die Salzenbestände, wenn auch langsam, so doch stetig gewachsen. Während sie sich am Anfang des Monats auf 826.679 Tonnen beliefen, waren es am Schluß der zweiten Maiwoche schon 836.660 Tonnen. Deutschland hat in diesen beiden Wochen nur 194.571 Tonnen erhalten. Eine neue Gefahr droht dem Absatz der ostoberbörslichen Rohle durch das Steigen der Holzpreise, das den Export der deutschen Rohle, der in den letzten Tagen bereits soweit gekommen ist, daß die Holzpreise am Freitag an den Abendbörsen von Rürich und Memmingen bereits über der deutschen Notierung wurde, wenn auch der Unterschied noch nicht sehr erheblich war, nämlich 0,20% Cent zu 0,20%. Inzwischen ist aber die deutsche Rohle schon wieder weiter gefallen, und jedes Fortschreiten der Bewegung erschwert den Absatz ostoberbörslicher Rohle nach Deutschland und rückt damit die Krise näher, welche die ostoberbörsliche Montanindustrie von dem Währungswechsel befristet hatte.

M. Von der Breslauer Fondsbörse. Vom 23. Mai d. J. ab werden die Gesellschaften: Dampfer Comp., Berliner Lloyd-Aktien (Dividende 50 Proa.) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1922 an der Breslauer Börse gehandelt und notiert. — Vom 26. Mai d. J. ab wird die Notiz für 4 1/2% ostoberbörsliche Eisenbahn-Bedarfs-Gesellschafts-Schuldverschreibungen von 1907 wegen Gesamtliquidation an der Breslauer Börse eingestellt.

Kriegsgesellschaften.

Linke-Solmann-Lauchhammer u. Co. Die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlustkonto per 31. Dezember 1922 werden im Anzeigenteil veröffentlicht.

Schlesische Dampfer-Compagnie - Berliner Lloyd. Die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlustkonto per 31. Dezember 1922 werden im Anzeigenteil veröffentlicht.

Neue Preise für Radfahräder. Die Vereinigung deutscher Radfahräder hat für die dritte Dekade des Monats Mai folgende Preisauflagen festgesetzt: für komplette Radfahräder 15.000 Proa., für Bearbeitung eingehender Materialis 13.000 Proa.

L. Hamburger Kolonialmarkt. Auf dem Kaffeemarkt war sofort greifbare bezugsfähige Ware sehr gesucht, doch war die Auswahl an Santos-Kaffees recht knapp. Namentlich die billigeren Qualitäten werden immer seltener. Überhaupt war der Konsum auch ohne weiteres bereit, die besseren und natürlich weitestgehendsten Sorten zu kaufen. Meinungsäußerung auf spätere Lieferung wurden weniger getätigt, da die allgemeine Wirtschaftslage zu unsicher ist. Im Verkehr mit den Erzeugungsstätten war das Geschäft auf einen sehr ruhigen Ton gekommen. Santos-Kaffees wurden fast gar nicht gehandelt, während in Rio-Kaffees einige Abschlüsse in Abgangsware getätigt wurden. Ebenso fanden Zentralamerikanische Kaffees gute Beachtung; letztere wurden durchweg mit 22 bis 28 Dollar bezahlt. Santos superior auf Abgang 61 Schilling, Reimes 64 Schilling, Extra Reimes 66 Schilling, Santos superior loco 70 Schilling. — Auf dem Kakaomarkt ging es gellühlich recht lebhaft her. Das Inland interessierte sich in der Hauptsache für Kakao, das zu steigenden Preisen in größeren Partien für die Produktion der Zuckerindustrie umgeleitet wurde. Für Kakao wurden zuletzt über 9000 t das Allt bezahlt. Im Verkehr mit den Produktionsstätten wurde das Geschäft durch die starken Devisenschwankungen sehr behindert, obwohl von drüben zahlreiche Offerten vorlagen. Necca fair fermented 38 1/2 Schilling, Thome superior per Juni-Juli-Abgang 40 1/2 Schilling, Wafia fair gleicher Abgang 39 Schilling, Rio de Janeiro Superior Sommer-Artikel per Juni-Juli-Abgang 5 1/2 Schilling, Rio de Janeiro Winter-Artikel Juni-Juli-Abgang 4 1/2 Schilling. — Auf dem Reismarkt wurde das Geschäft vorübergehend durch die Vorgänge am Devisenmarkt beeinträchtigt, immerhin kamen aber doch noch zahlreiche Abschlüsse zustande, namentlich als gegen Wechselkurs der Abgeber ihre Offerten in ausländischer Währung etwas ermäßigten. Das Inland interessierte sich in der Hauptsache für Bruchreis, der im Durchschnitt zu 1 1/2 Schilling am Markt war, während geringere Qualitäten schon mit 10 Schilling käuflich waren. Daneben wurde auch Burma-Reis vom indischen Konsum auf beachtet und mit 13 1/2 Schilling gekauft. Das Ausland interessierte sich vornehmlich für die besseren Reissorten, wie z. B. Valencia-Reis, der zu 20 1/2 Schilling Käufer fand. Größere Exportaufträge waren ferner in Moulmein-Reis zu verzeichnen, wobei ein Durchschnittspreis von 17 1/2 Schilling erzielt wurde. Neben Kakao konnten auch größere Aufträge auf spätere Lieferung gebucht werden. — Der Getreidemarkt nahm wieder einen ruhigen Verlauf bei äußerlich fester Grundstimmung und recht knappem Angebot.

Berlin, 23. Mai. Börse. (Schluß.) Im früheren Verlauf der Börse wurde das Geschäft bei schwachem Tendenz ruhiger, doch trat schließlich wieder Nachfrage hervor, da der Dollar nach 54 7/8 um 3 Uhr auf 56 000 ansetzte. Erdölaktien waren stark gefragt und stiegen 325 000, ebenso Internationale Petroleum-Limitation 500 000, beide stellten sich gegen ihre letzte Notiz um ungefähr je 100 000 Proa. höher, aber Deutsche Petroleum-Gesellschaft etwas nachlassend 85 000.

Um 2 1/2 Uhr wurden notiert: Harpener 420 000, Sohenlohe 120 000, Rheinthal 275 000, Schönig 270 000, Oberbedorf 109 500, Caro 128 000, Gelsenkirchener 970 000, Deutsche-Luxemburger 392 000, Sapaq 140 000, Santa-Maria 54 500, Deutsche Bank 47 000, Disconto-Commanbantenteile 32 500, Reichsbankanteile wurden mit 35 000 notiert, U. E. G. 67 000, Gebr. Körting 34 000, Deutscher Eisenhandel 60 000, Hammerlein 71 000, Norddeutsche Woll 154 000, Anatolier I 285 000, II 205 000, Wagnard I 205 000, II 183 000, tägliches Geld gegen Effekten 30-40 Proa. Weingüter, Robur Weiskaffe 40 000, G. Ruds Wagnard 17 500, Industrie-Wau 4800, Galische Maschinen, Peterreit 14 000, Glasfabrik Brodowit, Mitterzwerke 18 700, Mauls Kalak 5000, G. Naumburger Walter 86 000, Elektra Dresden, Oberbayerische Überlandzentrale 2400, Kuba Porzellan 35 000, Reichelt Metall, Döhning u. Lehmann 5500, Vereiniigte Nickelwerke 18 000, Volkstheater Porzellan 41 000.

Berlin, 23. Mai. Anstauswechsel. Amtliche Kurse und telegraphische Auszahlung. Die Banken kauften zum Geldkurs und verkauften zum Briefkurs.

Parität	23.	22.	Parität	23.	22.
0,81	572,56 G	584,33 G	4,516	5635,87 G	5735,62 G
1,6874	575,44 B	587,47 B	0,81	5684,13 B	5764,38 B
	21645,75 B	21446,25 B	0,81	3670,80 G	3690,75 G
	21754,25 B	21553,75 B	0,81	3889,20 B	3709,25 B
0,81	3172,05 G	3182,02 G	0,81	9950,06 G	10124,62 G
	3187,85 B	3197,88 B		9999,94 B	10175,38 B
1,126	9022,50 B	8947,32 B	0,81	8329,12 G	8533,61 G
	14763,00 G	14787,33 G	85,06	8370,88 B	8576,39 B
1,126	10225,25 G	10199,43 G		69,90 G	79,30 G
	10225,25 G	10250,57 G	0,8506	1632,90 G	1695,78 G
1,126	14837,00 B	14862,07 B		1641,10 B	1704,28 B
	1516,20 G	1571,06 G	0,8506	10,17 G	10,59 G
0,81	1523,80 B	1578,94 B		10,23 B	10,65 B
	2648,36 G	2683,87 G		103,00 G	108,00 G
0,81	2661,64 B	2696,73 B		468,86 G	488,86 G
	25714,75 G	25856,25 G		466,14 B	486,14 B
30,43	25714,75 G	25856,25 G	2,0925	26433,75 G	27191,87 B
4,198	55638,75 B	57142,50 B		26566,25 B	27318,13 G
	19875,18 G	19960,00 G			
	19974,82 B	20050,50 B			

Breslau, 23. Mai. (Börse. (Schluß.) Auch im freien Verkehr war die Haltung überwiegend fester, doch bestand hauptsächlich nur Interesse für die in letzter Zeit neu eingeführten Werte und einzelne Spezialpapiere. Die übrigen Werte blieben meistens vernachlässigt. Starke u. Hoffmann 21 000 G, 23 000 B., Christoph u. Unmad 43 000 G, 47 000 B., Deutsche Wals- und Holz-Industrie 6000 G, 7000 B., Nebr u. Wolf 20 000 G, 22 000 B., Gortauer Societätsbrauerei 53 000 G, 57 000 B., Ostdeutsche Elektrizitätsgesellschaft 8500 G, 10 500 B., Zuppner 15 000 G, 17 000 B., Naddorfer Mühle 15 000 G, 17 000 B., Feins u. Hagen-Reitempapierfabrik Köbeln u. Croiswitz 8000 G, 8600 B., Reiners 9500 G, 11 500 B., Saarverarbeitungs-Industrie 24 000 G, 26 000 B., Pielkowsky-Weigerwerke u. Reichelt 8400 G, 8400 B., Ostdeutsche Zafelglas 4400 G, 5000 B., Elektrizitäts-Industrie 3800 G, 4400 B., Tuchfabrik Kante 27 000 G, 31 000 B., Bignone 78 000 G, 77 000 B., Bräuer Braunföhen 5400 G, 6000 B., Düffanber 4800 G, 5400 B., Göllicher Rentenfonds 17 000 G, 19 000 B. Der Markt der heimischen Anlagepapiere und Industrieobligationen lag gleichfalls etwas fester.

Anleihen, Deutsche Pfandbriefe, Industrie-Obligations.

23.		18.		23.		18.	
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	5000,00 G	5000,00 G	4% Sch. B. P. 1912	115,00 G	110,00 G		
3 1/2% do. do.	480,00 G	500,00 G	4% do. do. 1911	115,00 G	110,00 G		
3 1/2% do. do.	1230,00 G	1225,00 G	4 1/2% Archimedes P. 1912	98,00 G	92,00 G		
3 1/2% do. do.	88,00 G	86,00 G	5% St. Textil. Wagnard (1912)	98,00 G	90,00 G		
3 1/2% do. do.	370,00 G	300,00 G	4 1/2% Bismarck (1912)	98,00 G	90,00 G		
3 1/2% do. do.	73,00 G	73,00 G	4% Elektr. Straßburg 1907/08	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	89,00 G	90,00 G	4% Elektr. W. Schlesien	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	210,00 G	230,00 G	4 1/2% Feldmühle 1911/12	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	120,00 G	135,00 G	4% do. do. 1912/13	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	150,00 G	185,00 G	4% do. do. 1914/15	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	150,00 G	185,00 G	4 1/2% Reichs-Oblig. v. 1912	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	80,00 G	78,00 G	4% do. do. 1913	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	102,00 G	111,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1912)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	225,00 G	260,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1913)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	225,00 G	260,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1914)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1915)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1916)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1917)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1918)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1919)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1920)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1921)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1922)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1923)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1924)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1925)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1926)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1927)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1928)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1929)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1930)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1931)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1932)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1933)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1934)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1935)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1936)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1937)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1938)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1939)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1940)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1941)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1942)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1943)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1944)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1945)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1946)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1947)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1948)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1949)	100,00 G	99,00 G		
3 1/2% do. do.	300,00 G	340,00 G	4 1/2% Kaiserliche (1950)	100,00 G	99,00 G		

4 1/2% Schles. Komm.-Anl. (Aht. B) 103,00 G.
6% Schles. Obligat. (Serie I) 95,00 G.
Oesterr. Banknot. n. (neue) 500000 bis 10000 Kr. 69,90 G. 70,10 B.
Tschecho-slow. Staat. (neue) 500000 bis 10000 Kr. 1626,00 G. 1634,00 B.
do. unter 100 Kr. p. St. — G. — B.

Dividendenwerte.

23.		letzte Not.		23.		letzte Not.	
Archimedes	82000 B	70000 B	Chem. Holzwerke	180000 B	150000 B		
Breslauer Bank	11000 B	10800 B	do. P. 1912	82000 B	70000 B		
do. Walfabrik	400000 B	350000 B	do. P. 1913	35000 B	30000 B		
Carlsb. B.	53000 B	49500 B	do. P. 1914	50000 B	44000 B		
Deutscher Eisenhandel	43000 B	35500 B	do. P. 1915	48000 B	43000 B		
Bongers-Werke	—	28500 B	do. P. 1916	41000 G	41000 G		
Elektr. W. Schlesien	15000 B	12200 B	do. P. 1917	73000 B	73000 B		
Elektr. Str. Breslau	75000 B	75000 B	do. P. 1918	35000 B	46000 B		
Ermanndorfer A.-G.	—	—	do. P. 1919	11000 B	11000 B		
Feldmühle, P. u. J. 1912	47000 B	44000 B	do. P. 1920	63000 B	52000 B		
F. H. Maschinenbau	39500 B	39000 B	do. P. 1921	63000 B	62000 B		
Frankfurter Lloyd	103000 B	98000 B	do. P. 1922	50000 B	50000 B		
Göhlmann	80000 B	71000 G	do. P. 1923	73000 B	51000 B		
Grünw. u. Co.	38000 B	35500 B	do. P. 1924	18500 B	13500 B		
Hessenthalwerke	126						

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators. Includes sections for 'Festverzinsliche Werte', 'Ausland', 'Dividendenwerte', 'Bank-Aktien', 'Industrie', and 'Brauereien'.

Neueste Handelsnachrichten. * Berlin, 23. Mai. (Eigener Fernsprekdienst) - Die Dividendenverteilung der Metallwerke... - Die Verwaltung der Baumwollspinnerei... - Preisregelung für Wäsche und Wäschewaren... - Preisregelung für Sandarbeitsgarne... - Preisregelung für Baumwollwollwaren... - Preisregelung für Textilmaschinen...

Schlesien.

Studentennot.

* Vom Unterstützungsfond des Schlesiſchen Adels für die notleidende Studentenschaft sind der „Breslauer Studentennot“ zwecks Zubereitung an Studierende sechs Millionen, dem Johannem für Studierende der Theologie 500 000 M. überwiesen worden.

Schlesiſcher Forſtverein.

Den Abſchluß der forſtlichen Tagungen, die aus Anlaß der Breslauer Jagd- und Forſtausſtellung ſtaffanden, bildete der Schleiſche Forſtverein, der am 14. und 15. d. M. ſeine 77. Hauptverſammlung in Brieg abhielt. Die altſchleſiſche Biſchofsſtadt ſah bereits in den Jahren 1865, 1888 und 1910 den Schleiſchen Forſtverein bei ſich zu Gaſte. In freundschaftlichſter Weiſe hatten die Bürger der Stadt auch dieſes Mal die Gäſte von der grünen Karbe im Privatquartier bei ſich aufgenommen. Eingeleitet wurde die Verſammlung am 14. d. M. mit einer Abendſitzung im Brieger Schauſpielhaus. Hier konnte der Vereinspräſident, Geheimrat Regierungsrat und Forſtrat Herrmann (Breslau) gegen 200 Teilnehmer begrüßen. Als Vertreter des Miniſteriums für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten nahm Oberforſtmeiſter Vorgebe an den Verhandlungen teil. Nach der Begrüßungsanrede des Präſidenten hieß Oberbürgermeiſter Poppel die Gäſte im Namen der Stadt willkommen.

Nach dem Geſchäftsbericht zählt der Verein zurzeit 4 Ehrenmitglieder und 865 ordentliche Mitglieder. Zum neuen Ehrenmitglied wurde Graf von der Rede-Wolmerſtein (Rajchmb) ernannt, der dem Verein ſeit dem Jahre 1860 angehört. Anſoſce der Geldwertberung iſt eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge notwendig geworden, namentlich um die weitere Drucklegung des Jahrbuches zu ermöglichen, welches die Grundlage für den wiſſenſchaftlichen Verkehr des Vereins bis nach Finnland, Schweden, Spanien und Amerika bildet. Als Tagungsort für das Jahr 1924 wurde Bunzlau gewählt; für 1925 ſoll ein Ort in Oberſchleſien in Ausſicht genommen werden.

Im Mittelpunkt der Vorträge, die den 15. Mai ausfüllten, ſtand die Eiche. Zunächst ſprach Forſtmeiſter Schulz (Wolperſdorf) über das Thema „Neues aus der forſtlichen Theorie und Praxis mit beſonderer Verückſichtigung der Eiche“.

Er beſprach zunächſt die Einwirkung der in den nitrinhaltigen Sprengſtoffen vorhandenen Gifte auf den Boden und die Kulturpflanzen und wies dann auf Schädigungen des Bodens durch Nahrungsmittel namentlich von Gruben und Hütten hin, die hauptſächlich durch Entkalkung verurſacht werden und zu völliger Vegetationsloſigkeit führen können. Zum Schluß führte er ſeine Erfahrungen aus der Praxis mit der Eiche namentlich im Gebiete an und warnte u. a. vor dem forſtlichen Umbau der Rotbeche. Er empfahl beſonders die deutſche Art zu pflanzen. In der Beſprechung wies der Vereinspräſident auf die Forſchungen von Profeſſor Schube über den Standort der beiden Eichenarten in Schleſien hin. Forſtmeiſter Seib (Sabelberg) ſprach über Baſtarde von Stiel- und Traubenbeche, auch Forſtmeiſter Wiebede äußerte ſich dazu.

Als nächſter Berichtſtatter ſprach Oberforſter Gantſch (Riemberg) über das Thema „Mitteilungen aus dem Gebiete

des Forſt- und Jagdſchuges unter beſonderer Verückſichtigung der Eiche“.

Die Eiche hat, wie er ausführte, mindereſtens 102 Schädlinge in der Tier- und Pflanzenwelt; hieran kommen noch Gefahren durch Naturereigniſſe und Menſchen. Dabei erwähnte er u. a. die ſchweren Schäden, die die Eichenbeſtände des Oberwalbes durch die Hochwäſſer in den Jahren 1813, 1834 und beſonders im Jahre 1903 erlitten haben. Sodann beſprach er das Ausſäen der Eiche, gegen welches beſonders der Breslauer Profeſſor Geheimrat Dr. Göppert im Anfang der ſiebzigſten Jahre ſich einſetzte hatte. Der Eichenwäſſer iſt im Jahre 1871 zum erſten Male in Weiſterwitz feſtgeſtellt worden und ſeitdem der Eiche treu geblieben. Auf den Eichenwäſſer hat der Berichtſtatter bereits im Jahre 1910 hingewieſen. Er iſt noch nicht ganz verſchwunden, über ſeine Schädlichkeit herrſcht noch keine Klarheit. Der eigentlichen Berichtserhaltung für das Jahr 1922/23 lagen 52 Antworten zugrunde, welche aus einem Gebiet von 335 696 Hektar oder 30 Prozent der geſamten Waldfläche Schleſiens ſtammen. Kiefernſpinner, Kiefernſchnecke und Kiefernſpanner ſind danach ſehr gut vorgekommen. Dagegen ſpürt die Pflanze ſeit 1920 wieder in Schleſien, und zwar namentlich in den Forſten des Gläber und des Nieſengebietes, ſowie auch in der niederschleſiſchen Seide beſonders bei Görlitz, Bunzlau und Muſtau. Zu ihrer Bekämpfung ſoll jezt ein Verſuch mit dem von Profeſſor Edſtein (Eberſwalde) empfohlenen Abſtrichen der mit Eiern beſetzten Rindenſtellen bei Reinerz gemacht werden. Engerlinke rächteſten beſonderen Schaden an in den Kämpfen und Kullwren in Wolperſdorf und Wiſchlowitz ſowie in der Graſnarbe der Sottwitzer Waldweiden. Der Miſſelkäfer konnte wirksam bekämpft werden. Dagegen vermehrte ſich der Vorleſer erheblich in dem Sturmbrüche von 1921. Gegen den Eichenwäſſer empfahl er beſonders den Vogelschutz, da Meisen, Kleiber, Baumkäufer und Meißelbeche die Eier und die Stare die Raupen vertilgen. Schäden durch Regen von Wild waren nicht beſonders, da ja die wilden Kaninchen und das Wild im allgemeinen ſehr abgenommen haben. Von den Schäden durch Naturereigniſſe waren diejenigen nach der Dürre 1921 noch ſehr bedeutend. Winterschäden kamen beſonders in den Gebirgsrevieren von Neſſelgrund, Reinerz und Waldenburg vor. Dazu kam am 15. August 1922 ein Wirbelſturm, der in Neſſelgrund 30 000, in Reinerz 25 000, in Sabelſchwerdt 30 000 Reſtmetr warf und ſich auch in Stoberau und Sottwitz bemerkbar machte. Von Wiſſelkäfern wurde die Kiefernſchütte als beſonders ſtark genannt. Von anderen Wiſſen wurde die Nienapſkrankheit der Kiefern erwähnt. Die Waldbrände waren gegen das Frühjahr 1921 geringfügig. Sodann beſprach der Redner die Neuerſcheinungen auf dem Gebiet der forſtlichen Geſetzgebung. Änderungen haben namentlich das Forſtdiebstahlsgeſetz von 1878 und das Feld- und Forſtpolizei-geſetz von 1880 erfahren. Beide ſind in einem fürzlich im Verlage von Neumann (Neudamm) erſchienenen Nachtrag des Geheimrats Herrmann in Breslau zu ſeinem früheren Werk „Die Feld- und Forſtpolizei und der Forſtdiebstahl in Preußen“ erſchienen. Erwähnt wurde noch das Geſetz zur Erhaltung des Baumbestandes vom 29. Juli 1922 und das Preſſenotgeſetz vom 21. Juli 1922. Beim Jagdſchutz wurde auf die geringe Verſtrafung der Wilderer hingewieſen. Zum Schluß ſprach der Redner die Hoffnungen aus, daß trotz des Jagdvertrages und der Jagdverordnungen ſich die Jagden in Schleſien wieder beſſern werden. Im Anſchluß an den Vortrag machte Graf Reinerz (Muſtau) auf die guten Erfahrungen aufmerkſam, die er bei der Bekämpfung von Waldbränden mit den ſeitlichen Feuertürmen gemacht hat. Geheimrat Herrmann hob noch hervor, daß alle in der Graſnarbe Gläber zur Bekämpfung der Ranne gemachten Bekämpfungserfolge nichts genutzt haben, auch nicht das Anpflanzen geſunder Raupen.

Nach einer Frühſtückspauſe wurde das Thema „Die Eichen in Schleſien und ihre Bewirtſchaftung“ behandelt.

Regierungs- und Forſtrat Reicheſe gab zunächſt äufferenmäßige Angaben über das beſtandsbildende Vorkommen der Eiche in Schleſien und über die Verteilung dieſer Flächen nach dem Beſtand. Bei den Angaben über die Oberwaldungen machte der Redner einige Angaben über die Strombauverteilung, die nicht immer zugunſten des Walbes erfolgt ſei. Eingehend berichtete er ſodann über die Beſtandsverhältnisse der Oberförſtereie Oſlau, von welcher ſich 1430 Hektar ſeit der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Deichſchutz befinden, während 160 Hektar im Vorlande liegen. Die Bewirtſchaftung dieſer Eichenbeſtände vom Plänterwald bis zum jetzigen Hochwalde wurde eingehend darſtellt, insbeſondere die eigenartige Beſtandsbeurteilung mit landwirtſchaftlicher Vor- und Zwischennutzung. Zur Bewirtſchaftung des Landbedarfes werden die Kahlſchlaafächen auf vier Jahre verpachtet. Die Pächter müſſen im erſten Jahre die Stöcke vollständig roden und dürfen Salzmüſſel, insbeſondere Gafer, anbauen. Im zweiten Jahre ſoll die Forſtverwallung Eichen in 1,6 Meter entfernten Rillen, während die Pächter die Zwischenräume noch drei Jahre zum Anbau von Safrüchten beſtanden dürfen, zugleich mit der Verpflichtung, die Eichenſtrafſtreifen zu beſchneiden. Zum Schluß ſtrifte der Redner noch Einzelheiten aus den Oberförſtereien Stoberau und Rogelwitz. Der Mitberichtſtatter, Forſtmeiſter Reinerz (Rothwitz), gab eine Überſicht über die Verhältnisse und die Art der Bewirtſchaftung im Oberſchweidmungsgebiet ſeiner Oberförſtereie. Er beſprach auch einzelne Beſtimmungen des Waſſergeſetzes vom 7. April 1913 und ihre Beziehungen auf die Forſtwirtſchaft.

Den Schluß der Vorträge bildete die Berichtserhaltung des Oberforſters Gnerlich (Groß-Wartenberg) über das Thema „Die Einwirkung des Krieges und der Revolution auf die Jagd und Vorſchläge zur Hebung der Wildbahn“.

Als Maßnahmen zur Hebung der Wildbahnen empfahl er 1. Verſchärfung der geſetzlichen Beſtimmungen in allen Fragen der Jagd und Biſele des Wildes, 2. Vorſichtige Sandhabung bei den Jagdpächtern, 3. Einſtellung ausreichenden Jagdſchuttpersonals, 4. Raubzoovertilgung und ſonſtigen Jagdſchutz, 5. ſofortige Bekämpfung von Wildſchnecken und Wildtaufſchnecken, 6. Schaffung von geeigneten Lebensbedingungen für unter heimtiſches Wild durch Anlage von Wildweiden und Wilddämmern, 7. Wildfütterung. Im Anſchluß daran beſprach Forſtmeiſter a. D. Lülke (Breslau) u. a. die Einſchränkung der Raubzoovertilgung zur Bekämpfung der Wildſchnecken.

Darauf ſchloß der Präſident die Verſammlung. Am Nachmittag wurde die Stadt Brieg beſichtigt. Abends vereinigten ſich die Vereinsmitglieder und Gäſte aus der Stadt zu einem gemeinſchaftlichen Eſſen im Schauſpielhauſe. Hierbei dankte Geheimrat Herrmann u. a. dem Forſtrat Herz für ſeine Bemühungen um die Forſtausſtellung, Forſtmeiſter Schulz (Wolperſdorf) dankte der Stadt für die gaſtfreundliche Aufnahme, während Profeſſor Wiebede den Verein zu ſeinen wiſſenſchaftlichen Erfolgen beglückwünſchte. Oberbürgermeiſter Poppel ſprach den Gärten den Dank für ihren Beſuch aus, und Oberſt Bierold erbot ſich als Vertreter der Ortsgruppe Brieg des Vereins weiberechter Jäger und Jeger den jagdlichen Beſtrebungen des Forſtvereins ein kräftiges Weidmannsheil.

Am 18. Mai wurde im Dampfſer die Rückfahrt durch die ſtaatl. Oberförſtereie Oſlau und Sottwitz nach Breslau angetreten. An der Fahrt beteiligte ſich auch der König von Sachſen. Die Wanderungen erfolgten unter Führung der Revierverwalter Forſtmeiſter von Gronfeld (Oſlau) und Jamiſch (Sottwitz) und

Schwankende Geſtalten.

Von unſerem Pariser Korreſpondenten.

Paris, den 19. Mai 1923.

Aus allen Teilen Frankreichs werden Verhaftungen von Ärzten gemeldet. Grenoble, Verſailles, Bordeaux, vor allem aber Marſeille wurden in den letzten Tagen durch die Nachricht überſchattet, daß bekannte Vertreter der Heilkunſt ſeit Jahr und Tag ſtarke Betrügereien verübt hätten. Ein paar Univerſitätsprofeſſoren beſindnen ſich darunter, in Marſeille auch ein Bürgermeiſterſtellenvertreter, der ſich des wenig zureichenden Namens Platon erfreut. Alle dieſe Herren raubten den Staat aus, indem ſie hohe ärztliche Rechnungen für Behandlung von Kriegs- verwundeten vorlegten, die ein- vielleicht zweimal bei ihnen vorgeſprochen hatten und ſofort als jahrelang wiederkehrende Heilungen Suchende verzeichnet wurden. Nicht genug daran, wurden für dieſe „Kranken“ auch die koſtbarſten Medikamente auf Staatsunkoſten in Anſpruch genommen. Die Herren Ärzte und Profeſſoren verwendeten dieſe aber in ihren Privatkliniken. Man ſpricht von Millionenſchäden, für die Frankreich ſeit dem Kriegſchlusse aufzukommen hatte. Täglich ſehen ſich neue Perſönlichkeiten in dieſen Skandal verwickelt, deſſen Ende nicht abzusehen iſt. Es iſt nicht recht klar erſichtlich, wie dieſer Betrug, trotz einer angeblich beſtehenden ſtrengen Kontrolle, dieſen Umfang annehmen konnte. Interessant wäre nur zu wiſſen, ob Deutſchland für die erſchwindelten Summen aufzukommen hat. Denn da ihm auch die Bezahlung der Pensionen für die Kriegsverwundeten auferlegt iſt, muß man befürchten, daß manche von dieſen, deren Heilung zwar vollendet iſt, die aber von ihren Ärzten noch immer als krank geführt werden, höhere Pensionen erhalten, als ihnen rechtmäßig zukommen ſollten. Darüber ſieht vorläufig jede Aufklärung, die aber dringend nötig erſcheint, obwohl ja bei der Reieſenſumme der Reparationen, die von Deutſchland gefordert wird, ſelbſt als unrechtmäßig erkannte Forderungen einzelner keine bedeutende Rolle ſpielen.

Dieſer Fall der ungerechtfertigten ärztlichen Rechnungen ſchließt ſich den vielen Entdeckungen an, die immer wieder ergeben, daß bei der Bemessung der Entſchädigungssummen, die einzelnen Bewohnern des zerſtörten Gebietes zuerkannt wurden, Unrechtmäßigkeiten vorkommen. Man laß bereits wiederholt, daß „Geſchädigte“, denen Hunderttauſende von Francs bewilligt worden waren, kaum auf Zehntauſende hätten Anſpruch erheben dürfen. In der Geſchwindigkeit, die ſofort nach Kriegſchlusse herrſchte, als man noch beteuerte, „Lo Boche payora“, warf man mit Unſinnem um ſich; jezt aber, da der ſranzöſiſche Staat all die ausſtehenden Schuldverſchreibungen einlöſen ſoll, beginnt er ſich die Leute näher zu beſehen, die Nieſenforderungen erheben, obwohl bekannt iſt, daß ſie vor dem Kriege in ärmtlichen Verhältniſſen gelebt hatten. Es war natürlich unvermeidlich, daß Irrtümer bei den Bewertungen der angeſchätzten Schäden vorkamen; aber man wünſchte, daß deren Reſtstellung auch dazu führte, die Rechnung Deutſchlands entſprechend zu verringern. Vielleicht könnte die Reparationskommiſſion, die ja jezt über ſehr viel freie Zeit verfügt, eine Statiſtik der Summen aufſtellen, die unberechtigt angefordert worden waren.

Nach Kriegſchlusse war man auch ſonſt in Frankreich mit Geldzuerkennungen freigebig. Der Siegetaumel, in dem man ſich befand, macht dieſes begreiflich. Eben jezt kam man darauf, daß der Staat bei Sädelerierungen um Millionen geſchädigt wurde. Sehr bekannte Kaufleute und ein hoher Beamter ſind in dieſe Angelegenheit verwickelt. Die Namen werden

ſorgfältig geheim gehalten. Nicht völlig geklärt ſind bisher auch drei Angelegenheiten, die wenig ſauber erſcheinen und in die Abgeordnete des „Bloc national“ verwickelt ſind. Seit nahezu 2 Jahren ſchleppt ſich eine Geſchichte hin, die ſich auf unlaute Rumſpezulationen bezieht. Der Abgeordnete Calmot, der die Guyanainſeln in der Kammer vertritt, ſah deshalb lange in Unterſuchungshaft, aus der er vor einiger Zeit proviſoriſch freigeſtaſſen wurde. Der Prozeß ſcheint ihm aber noch immer nicht gemacht werden zu können, denn die Unterſuchung wurde noch nicht abgeſchloſſen. Die Angelegenheit der „Banque industrielle de Chine“ wirbelt von Zeit zu Zeit immer neuen Staub auf. Drei Senatoren und einige Abgeordnete waren unrechtmäßiger Dividendenannahme und Verteilung beſchuldigt. Die Abgeordneten kamen mit heiler Haut davon, da ſie die Vergünstigung der nach dem Kriege erlaſſenen Amneſtie genießen konnten. Die drei Senatoren werden aber dem Gerichte Rede und Antwort ſtehen müſſen, das insbeſondere darüber Aufklärung fordert (aber bisher nicht erhielt), wie der Präſident der Bank, der Senator Andre Berthelot, ſeinem Bruder, dem einſt allmächtigen Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philipp Berthelot, 2 1/2 Millionen Francs zum Geſchenk machen konnte. Andre ſchützt ſeine reine, uneigennütige Bruderliebe vor; die öffentliche Meinung behauptet, daß er das dienſtliche Wohlwollen des einflußreichen Bruders in Anſpruch genommen hätte. Während Ariſtide Briand zur Zeit ſeiner Miniſterpräſidentenſchaft nachdrücklich für die Unbeſcholtheit ſeines früheren Untergebenen eintrat, wurde dieſer unter Poincaré mit zehnjähriger Entfernung aus der diplomatiſchen Laufbahn beſtraft. Das letzte Wort in der Sache wird wohl das Gericht ſprechen. Ein par „kleinere“ Abgeordnete ſtanden in der letzten Woche vor Gericht; ihr Fall wird erſt ſpruchreif ſein, wenn ein Urteil gefällt werden wird. Einiges Aufſehen erregte in den letzten Tagen eine Beſchuldigung gegen den Vizepräſidenten der Kammer, Francois Arago, der gleichzeitig Präſident der einflußreichſten Partei, der Entente republicaine demokratiſche iſt. Er gab ein Jahreseinkommen von nur 60 000 Franken an, während dieſes zehnmal ſo groß ſein ſoll. Arago, der Schwiegerjohn des vor ein paar Jahren verſtorbenen Herausgebers des „Reit Parisien“, Dupuy, erbte von dieſem viele Millionen, die in ſeinem Steuerbeſtandnis unſichtbar blieben. Er behauptet, daß ihm bisher nicht die ganze Erbschaft ausgehändigt worden ſei, weſhalb er ſich für berechtigt gehalten habe, auch die Einkünfte aus dem bereits übergebenen Teile zu verſchweigen. Die Steuerbehörde will dieſes reichlich naive Bekenntnis nicht als Erfas für das fehlende Steuerbeſtandnis gelten laſſen. In der Kammer erſcheint Herr Arago einſtweilen nicht, aber auch von ſeiner Demiſſion verlautet einſtweilen nichts.

In dieſer Reihe ſchwankender Geſtalten darf George La-bourel nicht fehlen, jener Korreſpondent des „Intransigeant“, der wegen Übertreibungen der Paßvorſchriften und unbefugter Kapitalausfuhr in Eſſing in Unterſuchungshaft ſah und nach ſeiner Verurteilung Deutſchland verließ. Wochenlang war er der Held der franzzöſiſchen Preſſe, der unerſchrockene Bekämpfer preußiſcher Unterdrückung. Weinehe den Krieg hätte man Deutſchland erklärt, wenn es nach dem Wunſche aufgeregter Zeitungſchreiber gegangen wäre. Nach der Heimkehr Labourels waren den Pariſern dieſe Lage in Ausſicht geſtellt. Denn Labourel ſollte über Deutſchland berichten. Aber Labourel berichtete nichts; denn als Willkommen-gruß entließ ihn der „Intransigeant“ Anall und Fall, ohne ihm die Kündigungſtrift zu bezahlen oder auch nur den Betrag zu erſehen, den er in Eſſing als Geldſtrafe hat zahlen müſſen. Labourel war für den „Intransigeant“ uninteressant geworden, aus ſeinem „Geldentum“ ließ ſich kein journaliſtiſches Kapital mehr ſchlagen, ließ ſich nicht mehr in gut geſpielter Entrüſtung gegen Deutſch-

land wettern, ließ ſich kein Wortwand zur Verſetzung mehr finden, und außerdem erfuhr man von ſeinem Labourel Geſchichten, peinliche Geſchichten. Er war römischer Berichtſtatter des „Figaro“ geweſen. Eines Nachts wurde dieſer aus einer Pariser Vorortegemeinde angerufen, ob ein Herr Labourel ſeinem Redaktionsſtabe angehöre. Geſetzt, aber Labourel befindet ſich in Rom. O nein! Labourel ſitzt im Bollgeiſenſtrafhaus von Anſuldes (vielleicht war es Courbevoie) wegen Trunkenheit und nächtlicher Ruheſtörung. Der „Figaro“ möchte ihn abholen laſſen. Labourels erſte „italieniſche Reiſe“ erſchien bisher nicht im Buchhandel, und den Schilderungen ſeiner Erlebnisse verſchließt der „Intransigeant“ die Spalten. Armer Held. Vielleicht zieht er jezt auf dem Pariser Pflaſter, auf das er geſetzt wurde, Vergleiche zwiſchen Deutſchland und Frankreich.

Stadttheater. Lannhäuser. Im Gegensaß zu der gänzlich verſahrenen letzten Lannhäuservorſtellung war die geſtrige gut und voll künstlerisch gespannten Geistes. Kapellmeister Ernſt Mehllich war ganz bei der Sache, die Chöre ſangen aufriedensſtellend und einige Reudeſetzungen gaben der Oper, die ſonſt arg abgeſpielt iſt, erhöhtes Interesse. Wenn ich gleichwohl Paul Maier, der ja ſchon öfters den Lannhäuser bei uns geſungen hat, an erſter Stelle nenne, ſo geſchieht es, weil er ſich ſelbſt durch ſeine wohlbedachte, geiſtreiche und ſehr ausdrucksvolle Darſtellung in den Mittelpunkt der Handlung geſtellt hat. Auch ſtimulich und gefanglich wirkte er mit nicht verſagender Kraft, ſelbſtredend erſchien Herrmann Horner als Landgraf. Der Sänger gaſtierte auf Anſtellung und machte gefanglich wie darſtelleriſch einen guten Eindruck. Die Stimme iſt ein weicher, runder Baß von ſympathiſcher Klangfarbe, der in der Tiefe noch zuverlässig anſpricht und in der Höhe mit Kraft gefüllt iſt. Einige Unreifeiten im Intonieren wie Unwohlklichkeiten der Ausſprache dürften behebbar ſein. Die Erſcheinung des Sängers unterſtützte den Darſteller, der freilich im Lannhäuser mehr auf Würde als auf Bewegtheit der Darſtellung zu achten hat. Neu war Johanna Storb als Eliſabeth. Ihre Leistung bewegte ſich in den Grenzen des Gewöhnlichen. Mit warmer Empfindung ſang ſie das Gebet, in den Ensembleszenen drang ihre Stimme nicht mit der notwendigen Führung durch. Die Darſtellung beſriedigte, koſtimlich kam durch die hiſtoriſch richtige Kopfflechtung zwar Interesse in die Gewandung, aber in ſchneller Bewegung trat durch die ſchwingenden Hüfte und die Hüftkette viel Unruhe auf, die zu dem Weſen der Eliſabeth nicht paßt. Iſt ja ſchon das Spiel mit dem geſchwellten Mantel beim erſten Auftritt keineswegs zu überreden. Neu war auch Karl August Neumann als Wolfram von Eſchenbach. Darſtellung und Geſang beſriedigten durchaus, manch feiner Zug im Spiel und im Ausdruck bewies den denkenden und ſtrebenden Künſtler. In der Paſſie der Ausſprache verlangt gerade der Wolfram höchſten Adel. Hier darf der Sänger noch nachſehen. Die Maſke war zu jugendlich. Größere Reiſe auch im Ausſehen gibt dem Wolfram auch im Drama mehr Gewicht. Heinz Weigt ſang den Walther v. d. Vogelweide und beſriedigte mäßige Anſprüche. Den Witeolf gab außſtweiſe Adolf Adorf. Auf die Zukunft Elfriede Hoſler habe ich ſchon früher hingewieſen. Den Weg zu dem fernem Ziel beſchreitet man aber nicht mit ſolchen Unſicherheiten, wie ſie die Kennis wieder ausſtattete. Das ſehr gut beſetzte Haus zeigte ſich der anregenden Vorſtellung gegenüber ſehr dankbar und rief mit lebhaftem Beiſall die Künſtler vor den Vorhang.

Dr. Fr. Fr.

Wiederbesetzung der hiesigen Forstverwalterstellen. In beiden Redaktionen gab Forstrat Kniebisch erläuternde Erklärungen zu den gedruckten Führern. Im Revier Ohlau wurde auf der ersten früheren Stelle des hiesigen Forstverwalters, über dessen Geschichte Gegenüber Volz (Schelbowski) interessante Angaben machte, das Reichsamt eingenommen und im Anschluss daran die übliche Pflanzung von drei Vereinsbäumen vorgenommen. Nach einer Wanderung durch die Oberförsterei Rottwitz mußte der Dampfer, den Oberforstverwalter Kniebisch zur Verfügung gestellt hatte, bestiegen werden. Mit dieser schönen Dampferfahrt war die 17. Hauptversammlung des Schlesischen Forstvereins beendet. Hff.-R.

Abstürze in die Schneegruben.

nk. Girschberg, 22. Mai. An den Feiertagen sind im Riesengebirge mehrere Personen infolge eigener Unvorsichtigkeit in die Schneegruben abgestürzt. Von den Abgestürzten erlitt der Postbeamte Alexander Schumann aus Breslau so schwere Verletzungen, daß er im Girschberger Krankenhaus, wohin man ihn gebracht hatte, starb. Ein älterer Herr aus Reichenbach erlitt infolge Absturzes Weinverletzungen. Mehrere junge Leute hatten sich verfrachtet und konnten nur mit Mühe und Anstrengung durch das Waidpersonal gerettet werden.

Oberschlesische Landräte.

SS Das preussische Staatsministerium hat den Regierungsrat Dr. Bleske in Gese, den Oberregierungsrat Garbig in Gleiwitz, den Regierungsrat Dr. Graf von Maruschka in Oppeln, den Oberregierungsrat Dr. Bachur in Neustadt, den Regierungsrat Strzoda in Krosowitz und den Landratsamtsverwalter Dr. Urbanek in Beuthen zu Landräten ernannt.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag

n. Der Verband schlesischer ländlicher Genossenschaften, Sitz Breslau, hielt am 23. d. M. im Kongresssaal in Breslau seinen 84. ordentlichen Verbandstag ab, dem als Ehren Gäste u. a. Vertreter vieler staatlicher Behörden, Oberlandesgerichtspräsident Greiff, ein Vertreter des Kardinals, die Direktoren der beiden anderen schlesischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, Vertreter der Landwirtschaftskammer usw. beizuhöhen.

Der Verbandsdirektor, Rittergutsbesitzer von Schalscha-Frohman erläuterte nach einem einleitenden Hinweis auf unsere gegenwärtige unglückliche politische und wirtschaftliche Lage den Geschäftsbericht für 1922, das bekanntlich für die schlesische Landwirtschaft ein arges Notjahr wurde. Das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat auch 1922 bedeutende Fortschritte gemacht. 2790 Neugründungen standen 574 Auflösungen gegenüber; insgesamt bestanden in Deutschland Ende vorigen Jahres 37 217 landwirtschaftliche Genossenschaften, von denen 23 529 dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften angehören. Der Verband schlesischer ländlicher Genossenschaften zählte zu Anfang vorigen Jahres 615 Genossenschaften. Neu dazu kamen 51 Genossenschaften; aufgelöst wurden 16 Elektrizitätsgenossenschaften, durch die Abtrennung Schreiberhau's gingen verloren 52 Spar- und Darlehnskassen. Zurzeit umfaßt der Verband 602 Genossenschaften, sodaß der Stand vom 1. Januar 1922 beinahe wieder erreicht ist. Die Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Verbandes hatte am 30. Juni 1922, dem Ende ihres letzten Geschäftsjahres, 873 Mitglieder mit 743 Geschäftsanteilen. Der Warenumsatz stieg auf 2 896 654 Renten im Werte von 350 Millionen Mark, der Reingewinn betrug 3 028 000 Mark. Im laufenden Geschäftsjahr beträgt der Absatz bereits über 5 1/2 Milliarden Mark.

Sodann hielt Direktor Thum einen Vortrag über „Genossenschaftsfragen der Gegenwart“.

Er ging dabei besonders auf die durch die fortschreitende Geldentwertung auch den Genossenschaften entstandenen Schwierigkeiten ein und mahnte zu zeitgemäßer Umstellung der Betriebe. Die erste Forderung an alle Genossenschaften sei eine Verstärkung der Betriebsmittel und der Reserven, zunächst also eine schärfere Erhöhung der Geschäftsanteile auf angemessene Beträge. Genossenschaften, die das nicht rechtzeitig durchführten, würden später durch Mangel an Betriebsmitteln lahmgelegt sein. Ferner müßten die Kreditgenossenschaften darauf bedacht sein, durch eine die Realverhältnisse berücksichtigende Rinspolitik die in ihrem Bezirk vorhandenen flüssigen Mittel als Spareinlagen an sich zu ziehen. Auch der Einrichtung der Altersfürsorge müsse mehr Beachtung geschenkt. Im Geldverkehr müsse mehr Beweglichkeit herrschen und an die Stelle des alten Darlehnsverkehrs die laufende Rechnung treten. Die Spannung zwischen den Rinsätzen im Debet und Kredit müsse 5 bis 6 Prozent betragen. Daneben sei eine angemessene Provision vom Umsatz zu berechnen. Schließlich könne auch der gemeinschaftliche Warenbezug dazu dienen, auch die Spar- und Darlehnsvereine auf die Dauer lebensfähig zu erhalten.

Die Versammlung erteilte dem Verbandsvorstande für die Jahresrechnung 1922 Entlastung und genehmigte die von ihm vorgeschlagenen Erhöhungen der Verbandsbeiträge und der

Rechnungsgebühren. Von den zahlungsmäßig ausbleibenden drei Ausschüßmitgliedern wurden zwei durch Juruf wiedergewählt; an die Stelle eines dritten, in Nikolai ansetzigen, wurde Rektor Plum in Schönwald bei Gleiwitz neugewählt.

Handelskammer Schweidnitz.

* In der letzten Vollversammlung der Schweidnitzer Handelskammer teilte der Vorsitzende Vergrat Sedert mit, daß Fabrikbesitzer Gröbel (Habelschwerdt) aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Mitglied der Handelskammer niedergelegt hat. — Zur Deduktion der Ausgaben des Rechnungsjahres 1923 hat die Kammer auf Grund einer den Handelskammern allgemein erteilten Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe einen Voranschlag von 500 Proz. des staatlich veranlagten Gewerbesteuerbeitrages von 1922 erhoben. Die Vollversammlung erteilte hierzu unter Aufhebung ihres in der Sitzung vom 31. Januar d. J. gefassten Beschlusses ihre Genehmigung. Ein ordnungsmäßiger Haushaltsplan für das Rechnungsjahr konnte angesichts der auch heute noch völlig unübersehbaren Geldverhältnisse noch immer nicht vorgelegt werden. Es kann nur soviel mit Sicherheit festgestellt werden, daß infolge der weiteren Geldentwertung die Anfang des Jahres schätzungsweise mit 20 Millionen Mark angenommenen Ausgaben für das Rechnungsjahr ganz erheblich überschritten werden. Nachdem die Anträge der Handelskammer auf Errichtung einer Kammer für Handelsfachen für den Bezirk des Landgerichts Schweidnitz zu dem gewünschten Erfolg geführt haben und die Errichtung dieser Kammer vom 1. Mai d. J. ab durch Verfügung des Justizministers angeordnet worden ist, hat die Vollversammlung auf Verlangen des Landgerichtspräsidenten in Schweidnitz die Wahl der als Handelsgerichtsräte bzw. als Handelsrichter (Stellvertreter) vorzuschlagenden Personen vorgenommen. Von einem Bericht über den gegenwärtigen Stand, der die zukünftige Verfassung der Handelskammern beeinflussenden Maßnahmen, insbesondere das Reichsrahmengesetz betr. die Industrie- und Handelskammern und die Gemeinschaftsarbeit zwischen Handelskammer und Arbeitnehmervertretung, nahm die Kammer Kenntnis.

Den auf Frachtermäßigung für verdichtete Gase von beteiligter Seite gestellten Antrag beschloß die Kammer zu unterstützen, und zwar mit der Erweiterung, daß auch das besonders in der Textilindustrie für das Viehwirtschaften viel gebrauchte Chlorgas der beantragten Frachtermäßigung teilhaftig werden soll. Von den sonstigen Angelegenheiten, welche die Vollversammlung a. F. in vertraulicher Beratung, beschloß, sind noch hervorzuheben: Ausstellung von Devisenhandelsbescheinigungen durch die Handelskammer, Zuwahl eines Vertreters der Lederindustrie, Errichtung einer Steuerabstufungsstelle, Beitritt zu Vereinen usw.

[Von der Schneekoppe.] s. Wetterwarte, 22. Mai. Obwohl das Wetter nicht besonders günstig war, entwickelte sich ein überaus starker Verkehr an den Pfingstfeiertagen; schon am Sonnabend waren die Koppenhäuser besetzt, und es hätten wohl viele Gäste sein Nachquartier erhalten, wenn das Wetter so geblieben wäre, wie es früh war. Aber zwischen 10 und 11 vormittags setzte bei Gewitterstimmung ein derartiger Graupel- und Schneefall ein, daß nicht nur der Koppenpfedel, sondern auch das ganze Hochgebirge in ein taubes Schneegewand gekleidet war, so daß die meisten Touristen, die dann am ersten Feiertag herauskamen, der Meinung waren, der Schnee liege noch vom Winter her da. Viele neuen Schneemassen begannen aber am ersten Feiertage wieder zu verschwinden und obgleich es auch an diesem Tage noch mehrfach etwas schneite, war am zweiten Feiertag davon nichts mehr vorhanden. Im allgemeinen war es aber bereits am Sonntag schon angenehmer und am zweiten Feiertag herrschte überhaupt gutes Wetter, wobei sich die Luft bis Plus 7 erwärmte. Erst am Abend kam vorübergehend wieder etwas Regen. Der sehr starke Verkehr gestaltete sich am ersten Feiertag zu einem fast bedrückenden Gedränge, während es am zweiten Feiertag schon etwas gemüthlicher zugeht. Am dritten Feiertag kamen die Wanderer aber immer noch scharenweise herauf, obgleich das Wetter wieder unfreundlicher wurde und Regenschauer über das Gebirge von Südwest herüberzogen. Es war in der deutschen Baude kaum ein Platz zu bekommen.

[Eine Briefmarke zu 5000 Mark.] Die Reichspost gibt jetzt eine Briefmarke zu 5000 Mark heraus, die ausnahmsweise einmal schön ist. Sie ist in blauem Kupferdruck ausgeführt und zeigt ein gutes Bild der Wartburg. Außerdem werden jetzt in dem kleineren Format der Bismarckwerte 100 Marken zu 100 Mark in hellerer Farbe ausgegeben. Im gleichen Format ist nunmehr auch die Marke zu 400 Mark Schokoladenbraun zu haben.

[Diebeler-Denkmal in Reife.] Der Verein ehemaliger Angehöriger des Infanterie-Regiments v. Diebeler Schles. Nr. 6 in Reife weiht am 27. d. M. seinen Gefallenen ein Denkmal ein. Es steht in der Promenade an der alten Regimentskaserne. Am 26. abends um 8 Uhr, vereinigen sich alle ehemaligen „Söhne“ zu einem kameradschaftlichen Beisammensein im großen Stadthaus-Jaale. Am 27., nachm. um 3 Uhr, findet die Weihe statt. Darauf folgt Gartenfest. Zur Stützung des Fonds wird um Spenden auf das Konto Diebeler-Fonds bei der Stadtsparkasse Reife, Postfach 1000 Breslau 41 888 gebeten.

— Striegau, 19. Mai. Der Wandsäger Gustav Nitzsche von hier war während der Mahdemonstration vor dem Rathaus am 4. Juli v. J. mit mehreren Genossen in die Geschäftsstelle des „Striegauer Anzeigers“ eingedrungen und hatte einen der dortigen

Angestellten geschlagen, mit auf den Markt zu gehen, wo man ihn nach sozialdemokratischer Manier behandelte. Gestern fand Nitzsche deshalb vor der Schweidnitzer Strafkammer und wurde wegen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Doch wurde ihm Strafaussetzung zubilligt, falls er eine Geldbuße von 120 000 Mark in vier Monatsraten zahlte.

Sport.

Allgemeines Breslauer Tennis-Turnier.

eb. Das traditionelle allgemeine Turnier des Schlesischen Tennis-Verbandes, das heute Donnerstag nachmittags auf den Sportfreunde-Wägen am Südrail seinen Anfang nimmt, dürfte sportlich seine Vorläufer weit in den Schatten stellen. Mit fast 500 Nennungen hat die Veranstaltung eine Rekordteilnehmerzahl aufzuweisen, wie sie der schlesische Tennissport bisher niemals erreicht hat.

Spielearten der deutschen Extraklasse, wie O. Kreuzer-Kranfurt a. M., Dr. Gast-Weipain, H. L. Berlin, Doppel-Berlin bieten allein schon Gewähr für hochinteressanten Sport. Die besten von den schlesischen Turnierkräften, Knieber, Grämel, Präner, Silberstein, Dr. Juliusburger werden hier in den Meisterschaftskämpfen einen schweren Stand haben. Um die Meisterschaft von Breslau sind 68 Meldungen eingegangen, darunter Teilnehmer aus Schweden und der Tschechoslowakei. Um meisten ist man auf Kreuzer Tennisklub gespannt, der die deutschen Farben in Wien in der Meisterschaft von Österreich in voriger Woche zum Siege führte. Auch in der Damenmeisterschaft sind alle großen Namen vertreten. Die Siegerin der schlesischen Kampfspiele und Berliner Meisterschaft, Frau Meybach-Berlin, hat in Frau Delacroix-Berlin, Frau von Kanotta-Troppan, Frau Vent-München, Frau Döhrenfurt, Frau Heimann und Frau Schäfer-Breslau mit alterproben Geanennungen zu rechnen. Auch in den Doppelspielen wird es bei den zahlreichen guten Doppelpaaren zu ausserordentlichem Sport kommen.

Bereits am Mittwoch nachmittags trafen sich die heimischen Turnierspieler in eintönigen Vorbereitungen.

Turniere in Schleien.

* Nachdem die beiden ersten diesjährigen Turniere — in Breslau und Sagan — die zweite schlesische Turnier-Saison vielversprechend eingeleitet haben, folgt nun als nächste Veranstaltung das Turnier in Schweidnitz am 2./3. Juni, das gleichfalls ein voller Erfolg zu werden verspricht; gingen doch für die 10 Preisbewerbungen des abwechslungsreichen Programms über 200 Nennungen ein. Auskunft über die Veranstaltung erteilt Dr. Weber, Schweidnitz, Bismarckstraße 1.

Auch die Ausschreibungen für das am 14./15. Juli zu Sibirien stattfindende Turnier des Fibener Reit- und Fahr-Vereins sind inzwischen erschienen und können von Oberleutnant a. D. Ritter von Ahlander, Sibirien, Schulpromenade 10, bezogen werden. An Preisbewerbungen sind vorzusehen: Materialprüfungen für Reiter, Pferde, Dressurprüfungen, Stimmungsprüfungen für Wagen- und Fahrer, Kasse, Ratschläger und Behorsamtsprüfungen, sowie eine Vielseitigkeitsprüfung. Für sämtliche Prüfungen ist bis 22. Juni zu nennen, und zwar bei der oben angegebenen Adresse. Preisnennungen mit amtlichem Eintrag sind bis 7. Juli zulässig.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie.

Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Melotte 29. 5., D. Mount Carroll 31. 5., D. Santa 7. 6., D. Bellanca 12. 6., D. Mount Clinton 19. 6. Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Brasilia 1. 6. Hamburg-Weißsee Nordamerika: D. Sagen 15. 6. Hamburg-Guba-Mexiko: D. Toledo 8. 6., D. Welterand 20. 5., D. Holfatia 11. 7. Hamburg-Weißsee: D. Saporata 6. 6., D. Antiochia 14. 7. Hamburg-Südamerika: D. Xeutonia 24. 6. Nach Rio de Janeiro, Buenos-Aires, nach Rio, Montevideo und Buenos-Aires: D. Baden 5. 6. Nach Pernambuco (süd. Bahia, Victoria), Rio, Santos und Rosario: D. Stelgerwald 8. 6. Nach Rio und Buenos-Aires: D. Rudia 10. 6. Nach Pernambuco (süd. Bahia, Victoria), Rio und Santos: D. Uguaria 6. 7. Hamburg-Ostafrika: D. G. Münsterland 20. 5., Engl. D. City of Boston 6. 6., D. Rudolfsbafen 16. 6., Engl. D. Glasgow 27. 7., D. Oldenburg 7. 7.

Nicht Cord
allein soll man beim Einkauf fordern,
sondern
um den Reifen zu erhalten, der durch
seine Geschwindigkeit dauerhaft ist
und Betriebsstoff spart, fordern man
Continental
Cord

Ein unheimliches Verwächtnis.

Roman von L. Frach. Autorisierte Übersetzung von Marie Walter.

I.
„Herr David Humel“ meldete der Diener. Detektiv Brett, der vor seinem Schreibtisch saß, nahm die ihm überreichte Karte in Empfang, sie mit raschem Blicke musterte. „Wie sieht der Fremde aus, Smith?“ wandte er sich dann zu dem Diener.
Smith, der sich in seiner langjährigen Stellung eine gewisse Menschenkenntnis angeeignet hatte, erwiderte ohne Zögern: „Wie ein Gentleman.“
„Gut, so führen Sie ihn herein.“
Sobald der Diener das Zimmer verlassen hatte, betrachtete Brett nochmals die Karte. „Seltsam“, murmelte er, „dieser David Humel gibt eine geschriebene Karte ohne nähere Adresse. Seine Handschrift gefällt mir aber. Möchte wissen —“
Das Öffnen der Tür unterbrach sein Selbstgespräch. Ein hochgewachsener junger Mann in einfacher, aber anständiger Kleidung trat ein. Er hatte regelmäßige, sympathische Züge; sein sonnengebräunt Gesicht war von einem kurzen, wohlgepflegten Bart umrahmt, und in seiner Haltung machte er den Eindruck eines Kavallerieoffiziers.
Mit einer leichten Verbeugung trat er auf Brett zu, der sich erhoben hatte, um den Fremden zu begrüßen.
„Mein Anliegen zu erklären“, begann dieser, „wird einige Zeit in Anspruch nehmen — vielleicht eine halbe Stunde. Darf ich fragen —“
„O, ich stehe vollkommen zu Ihrer Verfügung“, unterbrach ihn Brett in jovialen Ton. „Bitte, machen Sie sich bequem. Sind Sie Raucher? Ja? Nun, dann versuchen Sie diese Zigaretten. Man sieht's ihnen gar nicht an, aber es ist wirklich eine vorzügliche Qualität.“
Die ungezwungene Begrüßung von Seiten des Detektivs schien dem Fremden außerordentlich zuzufallen. Sie behaglich in den angebotenen Sessel zurücklehnen, nahm er die Zigarettenpackung in die Hand.
„Türkisches Gewächs“, sagte er lakonisch.
Brett nickte.
„An den Abhängen bei Saloniki gewachsen.“

Der Detektiv schaute verwundert auf. „Richtig geraten! Sie scheinen sich darauf zu verstehen.“
„Das glaube ich; war ja volle zwei Monate dort. Vermute, Sie erhielten diese als Geschenk des Vidig Kioski, wie?“
„Mr. Hume“, erwiderte Brett, indem er die Frage unbeantwortet ließ, „Sie erbat eine halbstündige Unterredung; es soll mir angenehm sein, wenn Sie diese um das Doppelte verlängern. Sie haben da nämlich ein Thema berührt, das mir sehr ans Herz gewachsen ist.“
„Diese Zigaretten sind wirklich die besten der Welt“, fuhr Hume in seinen Mutmaßungen fort; „sie werden nur für den Hofstaat des Sultans fabriziert, so daß sie weder verkauft, noch exportiert werden dürfen; auf letzteres steht eine hohe Strafe. Da es also keine Möglichkeit gibt, auf gewöhnlichem Weg in ihren Besitz zu gelangen, so nehme ich an, daß es sich hier um ein Geschenk des Sultans handelt.“
Brett hatte den Fremden, während dieser sprach, scharf fixiert. Jetzt leuchteten seine Augen auf. Er zündete ein Streichholz an und hielt es dem andern mit den Worten hin: „Sie urteilen ganz richtig, Mr. David Hume-Frager.“
Der also mit seinem vollen Namen Angeredete zeigte keinerlei Erstaunen. Er nahm ruhig das Streichholz entgegen, und erst als er seine Zigarette in Brand gesetzt hatte, fragte er: „Sie kennen mich?“
„Ja.“
„Werkwürdig, denn meines Wissens habe ich Sie nie vorher gesehen. Bin ich noch immer eine Berühmtheit?“
„Für mich — ja.“
„Eine Art vornehmer Verbrecher?“
„Ein gewöhnlicher Mensch“, entgegnete Brett lächelnd, „würde schließlich ein so feines Verständnis für Zigaretten besitzen.“
„Auf Ihre, Mr. Brett, Sie verdienen Ihren Ruf!“ bemerkte Hume mit unverhohlener Bewunderung. „Zum ersten Male seit achtzehn Monaten regt sich eine leise Hoffnung in mir. Wissen Sie, daß ich gestern Dupenden von Bekannten auf der Straße begegnet bin, und keiner mich zu kennen schien. Sie hingegen haben mich sozusagen auf den ersten Blick herausgefunden.“
„Das täten die anderen gewiß auch, wenn Sie mit ihnen sprechen würden, Mr. —“
„Hume.“
„Ganz recht. Warum lassen Sie einen Teil Ihres Namens weg?“

„O, das ist eine lange Geschichte. Meine Rechtsanwältin Klunt und Sharp hörten von Ihren Erfolgen in der mysteriösen Angelegenheit der Lady Lyle und der Diamanten des Sultans. Sie redeten mir zu, mich an Sie zu wenden.“
„Obgleich Sie persönlich wenig Vertrauen in mich setzten?“
„War Brett ein.“
„Der Himmel weiß, daß ich Grund habe, allen zu misstrauen. Mein Fall spottet jeder Analyse; er grenzt schon an das Übernatürliche.“
Der Advokat beugte sich seitwärts, bis er ein Büchergestell erreichen konnte, von dem er einen dickleibigen Folianten herabnahm. „Übernatürlich?“ wiederholte er, die Augenbrauen hochziehend. „Das ist mir neu. So weit ich mich entsinne, war die Geschichte hochsensationell, ja verblüffend — so ein Anstrich von Romantischem —, daß aber etwas Unnormales dabei war, erinnere ich mich nicht — außer vielleicht der gängliche Mangel eines Motivs für die Tat.“
„Haben Sie da einen Bericht über die Sache?“ fragte Hume, gespannt zusehend, wie Brett in dem Memorandum, das verschiedene Zeitungsabschnitte enthielt, blätterte.
„Natürlich“, nickte der Advokat, „und die Tagespresse hat mir reichlich Material geliefert, d. h. was die phantastische Ausschmückung betrifft. Aber sagen Sie selbst, wo findet man Seltsameres, Romanhaftklingenderes, als in den Berichten des Alltagslebens. Ah, da ist's“ unterbrach er sich, ein Bündel gedruckter Auszüge mustern, auf denen der Titel „Das Geheimnis von Stowmarkt“ zu lesen war.
Hume schien jetzt stark erregt zu sein, und es bedurfte seiner ganzen Selbstbeherrschung, diese Erregung in Schranken zu halten. (Fortsetzung folgt.)

Neue Bücher und Proschriften.

Heft 10 der Zeitschrift „Der Arbeiter“, herausgegeben von der Gewerkschaft im industriellen Deutschland, herausgegeben von Hermann Söding, Verlag der Gewerkschaften, Leipzig. Ein Beitrag zur Charakteristik seiner Zeit und seiner Persönlichkeit von Ernst Lemmer, Hannover-Lesig, Ernst Lehmann Verlag.
Jahres „Deutsches Volkstum“ und unsere Zeit. Rede bei der Reichsgeburtstagsfeier am 18. Januar 1923 gehalten von Karl Borzysch, Halle (Saale), Verlag Max Niemeyer.
Januar. Der Roman großer Individue von Edgar Wallace u. A. Klonow, Hammerich u. Lesser Verlag.
Güterkammerung. Ein Trauerspiel von Georg Kabitz, Leipzig, Verlag von Theodor Weicher. Die Dichtung stellt den tragischen Ausgang des deutschen Selbstkampfes in der Zeit vom 18. Juli bis 9. November 1918 dar. Die Hauptperson ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit.

